

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— M., bei Selbstabholung 1.00 M. — Durch die Post bezogen, vierteljährlich 6.— M., für 1 Monat 2.— M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lanchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 098.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Pettizelle 50 Pfg. und 40%, Feuerungszuschlag — 70 Pfg. Bestl. bei Platzvorschrift 55 Pfg. und 40%, Feuerungszuschlag — 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lanchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Chemnitz unter der Moskafaust.

Die Mosketruppen ziehen in Chemnitz ein!

Befehl des Kommandeurs Müller.

Der Schlag gegen Chemnitz, den wir gestern nach dem Unfall der Rechtssozialisten voraus sagten, läuft schon hernieder. Generalmajor Müller rückt mit den rings um Chemnitz aufgestellten Reichswachtruppen in die Stadt ein, um seine „Aufgaben“ zu erfüllen. Welche es sind, liegt auf der Hand; daß es sich nicht um die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung handelt, erkant der „Befehl“ des Herrn Kommandeurs zweifelsfrei an. Diese bemerkenswerte Anordnung hat folgenden Wortlaut:

Ich habe das Kommando über sämtliche Truppen in und um Chemnitz übernommen. Ich bestimme:

1. Während der Durchführung meiner Aufgaben steht die oberste Militär- und Polizeigewalt mir allein zu. Alle Militär- und Polizeibehörden bleiben in Tätigkeit, haben aber meinen Befehlen und Verordnungen Folge zu leisten.
2. Da zur Zeit in Chemnitz wieder Ruhe eingetreten ist, habe ich, in der Erwartung, daß die Ordnung auch weiterhin erhalten bleibt, den über Chemnitz verhängten verschärften Belagerungszustand auf.
3. Die Aburteilung der an den Vorgängen des 7. und 8. August Schuldigen wird gemäß § 8 des Gesetzes vom 4. 6. 1881 erfolgen.
4. Hier soll Ruhe und Ordnung erhalten bleiben, deshalb sehe ich von der Einsetzung weiterer außerordentlicher Gerichte vorläufig ab. Wegen bereits begangener Straftaten behalte ich mir Entschlüsse vor.
5. Ich erwarte jedoch, daß alle in den letzten Tagen an den Gefängnissen Verurteilten unverzüglich wieder eingeliefert werden.
6. Alle aus Verurteilungen widerrechtlich angekauften Waffen und Ausstattungsstücke, sowie sonstige Verurteilten an dem 19. August, 12 Uhr Mitternacht, in der Kaserne des Infanterieregiments 181 abzuliefern. Alle nach dieser Zeit im Besitz von Verurteilten befindlichen Personen werden nach § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1881 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen.

Ich warne die Zeitungen, in legendärer Form gegen die Regierung und gegen die von dieser entsandten Organe zu ziehen oder zu unzulässigen Versammlungen, zu Gewaltausübungen, Demonstrationen oder Streiks, die das Wirtschaftslieben oder die Ernährung des Volkes gefährden können, aufzufordern.

Stabsquartier Frankenberg, 11. August 1919.
Der Befehlshaber für Chemnitz, gen. Stephan, Generalmajor und Kommandeur, des 1. Sächsischen Grenzfürstregiments (Reichswehr) Brigade 12.

Man könnte den Inhalt dieses Dokuments in den Satz fassen: der verschärfte Belagerungszustand wird aufgehoben — der einfache Belagerungszustand wird verschärft durchgesetzt. Im Grunde genommen ist diese Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes für die Stadt: das Ausnahmeverbot für die wegen der Bahnhofsplünderungen Angeklagten wird ausdrücklich eingeschränkt und die Einsetzung weiterer außerordentlicher Gerichte bleibt vorbehalten. Pressefreiheit ist aufgehoben und Versammlungen werden auf die Chemnitzer Arbeiterschaft beschränkt. Was das bei der Anzeigung, die die bürgerliche Presse aus Anlaß der Kämpfe verübt hat, bedeutet, ist leicht zu erkennen. Die Chemnitzer Arbeiter wissen, was sie das, was die nächsten Tage bringen werden, zu verdanken haben, wer die Einheitsfront des Chemnitzer Proletariats zerbrochen hat.

Der neue Schlag, der neue Verrat wird die wahren Revolutionäre nicht entmutigen. Sie werden in den nächsten Tagen festhalten an dem Willen, die Revolution zu vollenden. Und die Durchführung der „Aufgabe“ des Herrn Müller wird ihnen nur ein entschlossenes Demosch: entziehen!

Das Verkehrselend.

Güterperre und Erhöhung der Preise in Sicht.

Leipzig, 12. August. (Zl.) Reichsbahnminister Desebriest gestern im Festsaal der Berliner Handelskammer für deren Mitglieder einen Vortrag über die Betriebslage der Staatseisenbahnen. Nach einem Hinweis auf die neuen Betriebsbeschränkungen erklärte er u. a.: Es wird vielleicht notwendig sein, durch Reichsgesetz die Verwendung der Kohle in der bisherigen Form zu verbieten. Es ist daher damit zu rechnen, daß für andere Güter als Kohle für längere oder kürzere Zeit eine Sperre eintreten wird, um möglichst viele Kohle erfassen zu können. Zum Schluß kündigte der Minister eine neue Erhöhung der Tarife für die Personen- und Güterbeförderung an.

Freilassung Radeks bevorstehend.

Die Berliner Freiheit berichtet: Es steht für die Staatsanwaltschaft fest, daß die Anklage gegen Radek nicht durchgeführt werden kann. Er wird in den nächsten Tagen endlich außer Verfolgung gesetzt

werden. Die monatelange Untersuchung gegen den „Weltverbrecher“ Radek, wie ihn Seine genannt hat, hat nicht das Geringste ergeben, so daß nicht einmal die Staatsanwaltschaft auch nur gegen ihn Anklage erheben kann.

Preußisch-polnische Verhandlungen.

Berlin, 11. August. (Z. Z. B.) Heute nachmittag fand hier die Eröffnung der Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung statt. Unterstaatssekretär v. Daniel eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die Abgeordneten der Zentralregierung der Republik Polen und des obersten polnischen Volkstrates in Polen, sowie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen begrüßte. Als Vortag der Tagung bezeichnete er den Grundgedanken der Programmrede des Reichsministers Müller, daß unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten von gutem Willen für gegenseitige Verständigung leitet: kein mühe. Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Dr. v. Brodzewski versicherte im Namen der polnischen Regierung, daß diese die Verhandlungen im Geiste der besten Verständigungsmöglichkeit zu führen entschlossen sei. Der italienische General Sanclona dankte in Vertretung des abwesenden Chefs der interalliierten Militärmission, General Dupont, für die Begrüßung und erklärte, seitens der interalliierten Mission werde alles geschehen, um die Verhandlungen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Hätte die preussische Regierung vornehmlicher Weise schon im Winter vorigen Jahres verhandelt, dann brauchen heute einige preussische Großstädte weniger Hunger zu leiden. Es galt jedoch dem berückichtigten Dölkung Betätigung zu verschaffen.

Kierenski in Berlin?

Berlin, 11. August. (Zl.) Die von russischer Seite verlautet, soll sich Kierenski der erste Diktator nach dem Sturz des zaristischen Regimes, in Berlin aufhalten. Er kann seine Dienste anbieten.

In Rußland „angesecht“.

Referenten englischer Matrosen in Baku. Tugano, 12. August. (Zl.) Laut Avant hielten die Seeleute der in Baku liegenden englischen Kriegsschiffe die rote Fahne. Die Kriegsschiffe seien dann abgedampft und zwar unbekannt wohin.

Riga von den Bolschewikern eingenommen.

Berlin, 12. August. Nach hier eingegangenen aber offiziell noch nicht bestätigten Meldungen ist die Macht in Riga wieder in den Händen der Bolschewikern.

Bonhoff der Moskogardisten durch oberösterreichische Arbeiter.

Breslau, 12. August. Die Zeichenarbeiter in Oberschlesien verlangen die Entlassung unbeliebter Beamter und sämtlicher Personen, die selber beim Grenzschutz tätig waren.

Holland liefert Wilhelm II. aus.

Genf, 12. August. (Zl.) Die französischen Zeitungen lassen sich berichten, daß der Kaiserprozeß stattfinden werde und daß die holländische Regierung nach einigen Schwanken der Forderung nach Auslieferung des Exkaisers zugestimmt habe. Der Brief des Prinzen Heinrich an seinen Vater, den König von England, hat die Angelegenheit beschleunigt. (1) Der Brief wurde in der ganzen Entente-presse abgedruckt, aber meist nur mit den kurzen Worten „Treach“ oder „arrogant“ bezeichnet.

Kein Umtausch der Banknoten?

Frankfurt a. M., 12. August. (Zl.) Zum Plan des Notenumtauschs erklärt die Frankfurter Zeitung aus Berlin mit ziemlicher Bestimmtheit, daß einige wichtige Ressorts des Reiches und der einzelnen Staaten noch keineswegs von der Möglichkeit der allfälligen und vollständigen Durchführung des Umtauschgesetzes überzeugt seien. Dem Versuch eines Notenumtauschs, selbst wenn die erforderlichen Maßnahmen bis zum November vorbereitet werden können, stehen ernste technische und wirtschaftliche Bedenken gegenüber.

Das Ergebnis der Landesversammlung.

Der Verlauf der am 10. und 11. August im Leipziger Volkshaus abgehaltenen außerordentlichen Landesversammlung der U. S. P. Sachsens hat gezeigt, wie notwendig es gerade in der gegenwärtigen politischen Situation war, eine gründliche Aussprache und eine Klärung über die zu befolgende Taktik herbeizuführen. Wenn es auch — um das gleich vorwegzunehmen — nicht möglich war, alle Unstimmigkeiten und Unklarheiten restlos zu beseitigen, was ja mit Rücksicht auf die vielen neuen Gesichtspunkte, die bei dem schnellen Gang und der wechselvollen Gestaltung der politischen Ereignisse zu beachten sind, gar nicht erwartet werden konnte, so ist es doch gelungen, den Weg für die planmäßige Aufstellung und die Ausfüllung der Massen zu ebnen. Besonders erfreulich ist, daß trotz der noch zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten vollständige Einmütigkeit darüber bestand, daß die Hauptaufgabe der Partei auch in der kommenden Zeit nicht in endlosen Fäusteleien über die Form der Organisation zu suchen sei, sondern daß es vielmehr darauf ankomme, durch intensive Aufklärung, durch die Vermittlung ökonomischer und geschichtlicher Erkenntnisse die Arbeiterklasse, als die Trägerin der Revolution, mit sozialistischem Geist zu erfüllen und sie zu einer einheitlichen, von einem bewußten Willen beherrschten Kampffront gegen den Kapitalismus zusammenzuschweißen. Wie notwendig das ist, zeigte schon der Bericht des Landesvorstandes. Die Zahl der Parteimitglieder hat, wie im Reich, so auch in Sachsen ganz erheblich zugenommen. Nicht nur die Ortsgruppen, denen es möglich war, während des Krieges ihre Tätigkeit aufrechtzuerhalten, haben einen ganz wesentlichen Aufschwung genommen. Es sind auch eine erhebliche Anzahl neuer Ortsgruppen entstanden, die sich in erfreulicher Weise entwickelten und Zeugnis ablegen für die verbende Kraft der von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands betriebenen Politik. Aber wenn man die Zahl der organisierten Parteigenossen mit der Zahl der in der sächsischen Industrie tätigen Arbeiter vergleicht, dann zeigt sich doch, wie unendlich viel noch zu tun bleibt, um die Arbeiter — und ihre Zahl ist nicht gering —, die heute noch tatlos und indifferent beiseite stehen, zu bewußten proletarischen Kampfkämpfern zu erziehen. Daß die Notwendigkeit einer planmäßigen Aufklärungsarbeit auch in den Kreisen der Mitglieder empfunden wird, beweisen die Anträge, die vom Landesvorstand die Herausgabe von Agitationsmaterial, zur Stellung von Rednern und zur eifrigen Förderung der Jugendbildung aufforderten, Wünsche, deren Erfüllung bereits im Bericht des Landesvorstandes zugesagt wurden. Obwohl sich Genosse Lipinski nicht lediglich auf die Berichterstattung beschränkte, sondern in seinen Ausführungen auch bereits eingehend auf die politische Situation und unsere geschichtliche Aufgabe einging, wurde in der Debatte fast ausschließlich über die Jugendbildung diskutiert, während die großen politischen Fragen in den Hintergrund gedrängt wurden. Das ist darauf zurückzuführen, daß sich das Hauptinteresse von vornherein auf den dritten Punkt der Tagesordnung, in dem die in Sachsen akut gewordene Frage der Regierungsbildung im Zusammenhang mit dem Räteystem behandelt wurde, konzentrierte. War es doch gerade die Frage der Regierungsbildung in Sachsen, die unter den Parteigenossen im Lande einen Meinungsstreit hervorgerufen und den Hauptanlaß zur Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung gegeben hatte.

Die beiden Referenten bemühten sich, die zur Entscheidung stehende Frage, die nicht nur für Sachsen Bedeutung hat, auch mit Rücksicht auf die Stellung der Partei im Reich zu behandeln war, an der Hand der in den revolutionären Kämpfen gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen zu erörtern. Das war um so nötiger, da in den vorausgegangenen Debatten in Parteiverfassungen die ganze Angelegenheit immer mehr zu einem bloßen Streit um die Form, unter der das Proletariat die politische Macht erobern soll, geworden war. Nicht nur vereinzelt war die Meinung aufgetaucht, daß das Räteystem das alleinige Mittel darstelle, die Arbeiterklasse zum Ziele zu führen und der Parlamentarismus überhaupt als wirkame Waffe zur Eroberung der politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus ausseide. Demgegenüber wiesen die beiden Referenten mit Nachdruck auf das im März beschlossene Aktionsprogramm hin,

Unmögliches?

Der Zentralrat, gen. Cohen, hat einen Aufruf an alle Arbeiterkreise erlassen; er fordert sie auf, den deutschen Arbeitern zu sagen, daß „Ungeheures“ von der richtigen Erledigung der Wiederaufbauarbeit in Frankreich und Belgien abhängt. „Sie müssen“, heißt es, „ihnen sagen, daß diese Arbeit nicht geschieht für den deutschen und den französischen Kapitalismus, sondern für das eigene Volk und dessen Erhaltung.“ Ueber die Bedeutung der Angelegenheit sagt der Aufruf zu Anfang: „Eine der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrags ist die Bestimmung über den Wiederaufbau der in Frankreich und Belgien zerstörten Gebiete. Von der Art ihrer Ausführung hängt außerordentliches ab für das zukünftige Gesicht unseres Landes. Die Leistungen Deutschlands für den Wiederaufbau müssen in der Hauptsache in der Stellung geeigneter Arbeitskräfte bestehen. Jede andere Form (z. B. Bezahlung oder übermäßige Lieferung von Rohmaterialien) würde katastrophale Folgen für unser Land haben.“

In all dem ist dem Zentralrat sicherlich zuzustimmen. Und ebenso hat er recht, wenn er gegen den Schluß sagt: „Der Wiederaufbau Frankreichs ist ein gemeinsames deutsch-französisches Interesse, ja noch mehr: ein gemein-europäisches. Das müssen die deutschen Arbeiter einsehen und danach handeln, dann wird die Frucht des Wiederaufbaues eine Annäherung des deutschen und französischen Volkes sein, und die deutschen Arbeiter werden von sich sagen dürfen, daß ihnen das Hauptverdienst an diesem Ergebnis zu danken ist.“

Aber nun folgt der Pferdeschuh. Der Zentralrat erklärt es für selbstverständlich, daß die Interessen der Arbeiter bei dieser Arbeit „nach jeder Seite hin gewahrt werden müssen“. Aber „unerfüllbare Forderungen“, wie sie in letzter Zeit ausgetaucht seien, dürften nicht gestellt werden, „sie würden die ohnehin verzweifelte Lage unseres Landes noch verzweifelter gestalten“. Als solche unerfüllbare Forderung bezeichnet der Aufruf ohne jeden Umschweif die „jede privatkapitalistische Form bei dieser Wiederaufbauarbeit zu beseitigen“. Das soll ein nutzloses Beginnen und absolut unmöglich sein. „Die Arbeiterkreise sollen nicht vergessen, daß es schnell zu handeln gilt, die neuen Formen aber, die den Privatunternehmer vollkommen ausschalten sollen, im Augenblick noch gar nicht existieren.“

Der Zentralrat wendet sich also gegen eine Forderung, die auf dem 10. Gewerkschaftskongreß einstimmig aufgestellt wurde, die von Männern der Praxis erhoben worden ist, der man also nicht nachsagen kann, daß sie nur von wirklichkeitsfremden Theoretikern oder himmelstürmenden Revolutionären stammt. Der Gewerkschaftskongreß, auf dem die Gewerkschaftsbürokratie stark vertreten war, hat es nicht für unmöglich erachtet, Formen für die Wiederaufbauarbeit zu finden, die jegliche privatkapitalistische Ausbeutung ausschließen. Man sollte auch meinen, daß das wirklich nicht so schwer wäre, wenn nur der ernste Wille bei den „zuständigen Stellen“ vorhanden wäre. Nicht die Schwierigkeiten der neuen Organisation sind es, die das Unmöglich des Zentralrats diktiert haben, sondern die kapitalistische Intereffen, die sich in der Weimarer Regierung breitmachen. Die Arbeiterklasse wird sich der Arbeit für den Wiederaufbau nicht entziehen dürfen, aber sie wird dabei entschlossen fordern müssen, daß nicht um des Profites der Unternehmerschaft willen eine planmäßige Gelegenheit zur Sozialisierung eines großen Unternehmens verpaßt wird.

Der Groß-Berliner Vollzugsrat hat sich in mehreren Sitzungen mit dieser Frage beschäftigt. In seinen Verhandlungen nahmen auch Vertreter des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission teil. Man stimmte darin überein, daß die Beteiligung Deutschlands an diesem Aufbau nur nach den vom letzten Gewerkschaftskongreß einstimmig aufgestellten Grundsätzen erfolgen darf. Eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern des Vollzugsrats und des Ausschusses der Gewerkschaftskommission, wurde beauftragt, Richtlinien auszuarbeiten, die den vom Gewerkschaftskongreß aufgestellten Grundsätzen entsprechen.

Die kapitalfreundliche deutsche Regierung.

Man muß es den regierenden Herrschaften in Weimar lassen: Gegenüber dem Kapital in Deutschland sind sie zart besaitet und rücksichtsvoll. Jede Maßnahme zur „Erfassung der großen Vermögen“ wird rechtzeitig — möglichst Wochen vor dem Zustandekommen der Verordnung — angekündigt, damit den Kapitalgebern Gelegenheit bleibt, ihre ergaunerte und erraffte Beute vor etwaigen Steuerergriffen in Sicherheit zu bringen. So melbet heute erst wieder das W. Z. V. aus Berlin:

„Von neuem wird berichtet, daß internationale Verhandlungen im Gange sind zur Erfassung der nach neutralen Ländern verschobenen deutschen Vermögen.“

Die Kapitalisten werden sich für diesen Wink mit dem Jaunpflast bei der Regierung Erzberger-Dauer bedanken und nicht verfehlen, geeignete Maßnahmen zu anderweitiger Kapitalflucht zu treffen. Wozu sollen sie auch Steuern zahlen. Dafür sind die arbeitenden Massen doch da, für die Herr Erzberger nach einer U.-Weldung folgendes Rezepten bereit hält:

Bamberg, 12. August. (TU.) Reichsfinanzminister Erzberger trägt sich nach Mitteilungen des bayrischen Finanzministers Sped mit dem Gedanken, bei der Reichseinkommensteuer die Beträge von den Vätern und Gehältern durch das Markensystem zu erhöhen und zwar aus dem Grund, um die Beträge möglichst an der Quelle zu fassen und die Steuerhinterziehungen zu beheben. Die Schwierigkeiten, die der Steuererhebung durch das Markensystem trotz mancher Vorteile (?) für den Steuerpflichtigen entgegenstehen, beruhen darauf, daß verschiedene Lohn- und Gehaltsempfänger noch andere Einnahmen aus Kapitalen, Grundbesitz u. w. haben. Dieser Teil des steuerpflichtigen Einkommens müßte naturgemäß vom Rentamt eingezogen bzw. bei diesem beschlagnahmt werden. Es ist aber mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß das Markensystem kommt.

Während die steuergestrenge Reichsbehörde aus dem letzten Bohnpflanz des Arbeiters durch ein unzulänglich und unger hies Markensystem ihre Tribute herausquetschen will, läßt sie nichts unversucht, ihre deutschen Vermögen ihre geheiligt Kapital zu retten. Nach bürgerlichen Blättern hat die deutsche Regierung folgenden Wunsch an die russische Sowjetregierung gerichtet:

das sich im Laufe der Ereignisse als richtig erwiesen habe. Die Vertreter des Kur-Räteystems, die in den Kommunitäten ihre energischsten Vertreter finden, mußten mit ihrer Taktik Schiffbruch leiden, weil sie, wie Lipinski ganz richtig hervorhob, glaubten, allein mit berauschenden Worten Politik treiben zu können und dabei den Zusammenhang mit den ökonomischen Tatsachen verloren und dadurch das Ziel und den Zweck des proletarischen Befreiungskampfes verwirrt. In denselben Fehler verfielen aber auch diejenigen Genossen in unsern eigenen Reihen, die die Frage einer eventuellen Beteiligung an einer Regierungsbildung mit der Mehrheitssozialdemokratie als eine grundsätzliche Frage auffassen und schon die Erörterungen über die eventuellen Bedingungen, unter denen ein Zusammenarbeiten mit der rechtslebenden sozialistischen Gruppe möglich sein könnte, als ein Vergehen gegen das Programm und die proletarischen Interessen betrachten.

Dieser Auffassung trat nicht nur Genosse Lipinski, sondern auch Seger ganz entschieden entgegen. Beide wiesen nach, daß es sich bei der eventuellen Beteiligung an der Regierung um eine reine Zweckmäßigkeitsfrage handle. Besonders Seger wies überzeugend nach, daß die politische Macht der Arbeiterklasse solange keine bleibenden Erfolge bringen könne, solange sie nicht die Macht habe, durch ihren Einfluß entscheidend auf die ökonomischen Vorbedingungen einzuwirken. Das aber kann nur geschehen, wenn es möglich ist, die gesamte Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit auf eine einheitliche sozialdemokratische politische Politik zu vereinen. Mittel zu diesem Zweck, nämlich aber Selbstzweck, sind Räteystem und Parlamentarismus. Wenn wir aber den Parlamentarismus überhaupt als Mittel für den politischen Kampf akzeptieren, dann können wir uns auch nicht ohne stichhaltigen Grund um die Verantwortung herumdrücken.

Von dieser Auffassung hatte sich auch die Fraktion der Volkstammer leiten lassen, als sie, vorbehaltlich der Zustimmung der Landesversammlung, beschloß, auf das Anerbieten der Rechtssozialisten, mit ihnen gemeinsam eine Regierung zu bilden, unter gewissen Bedingungen in Verhandlungen einzutreten. Daß sie zu diesem Beschluß nicht leichtfertig gekommen war, bewies neben den Ausführungen der Genossen Fleißner und Lipinski auch der am ersten Tage erstattete Fraktionsbericht, in dem ganz scharf hervorgehoben wurde, daß die Tätigkeit der Fraktion nicht allein einen Kampf gegen die bürgerlichen Parteien, sondern auch eine unausgesetzte Kritik an der kapitalistenfreundlichen Gewaltspolitik gegen die Arbeiterklasse bedeute.

Was die Kritik des Fraktionsbeschlusses gegen diese Auffassung ins Feld führten, war äußerst schwach. Selbst die entschiedensten Verfechter des Rätegedankens mußten zugeben, daß der Parlamentarismus neben dem Räteystem als brauchbare Waffe im Kampfe gegen die kapitalistische Reaktion beizubehalten ist. Um so unlogischer war es, wenn sie ohne weiteres die Konsequenzen des Parlamentarismus ablehnten.

Webrigens stand die Haltung der Fraktion auch durchaus im Einklang mit der Auffassung der Zentralleitung. Auf der Besprechung am 11. Juni hatte Genosse Dittmann, der von der Zentralleitung gebeten und entsandt worden war, zwar mit Rücksicht auf die Unzuverlässigkeit der Mehrheitler zur Vorsicht gemahnt, die als Grundlage für die Verhandlungen vorgeschlagenen Bedingungen aber als richtig anerkannt. Dasselbe tat auf der Landeskonferenz die Genossin Fieß, deren Ausführungen allerdings einer ziemlich starken Widerspruch enthielten und insofern nicht gerade viel zur restlosen Klärung der Frage beitrugen. Aber auch sie mußte zugeben, daß es unmöglich gewesen wäre, die Anfrage der Mehrheitssozialisten unbeantwortet zu lassen. Die Antwort, die die Fraktion gestellt habe, sei richtig und taktisch klug gewesen und entspreche den Bedingungen, die auch von der Fraktion der Nationalversammlung gestellt worden seien. Sie stütze auch die Meinung der Fraktion, daß ein Ausweichen schon deswegen unmöglich gewesen sei, weil wir uns dadurch eines Mittels, die Schädlichkeit der Mehrheitspolitik vor den Massen zu kennzeichnen, begeben hätten.

Ein Widerspruch war es aber, wenn die Genossin Fieß den Sinn der vom Landesvorstand eingebrachten Entschließung billigte, aber einen Zusatz empfahl, in dem ausgesprochen werden sollte, nachdem die Mehrheitler die von der Fraktion gestellten Bedingungen abgelehnt haben, sei die Frage nun endgültig entschieden und ein weiteres Verhandeln für die Zukunft überhaupt ausgeschlossen. So einfach liegen die Dinge nun freilich nicht, es bestand die Gefahr, daß diese Empfehlung aufgesetzt wurde als ein Mittel, um über eine unangenehme Situation hinwegzukommen, was sicherlich nicht beabsichtigt war.

Die Dinge liegen in Sachsen so, daß die Regierungszentrale noch nicht beendet ist. Die Reichsheiter sind nach wie vor gezwungen, Anschluß zu suchen. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß sie mit Rücksicht auf ihre Wähler noch einmal an uns herantreten müssen, und wir würden ihnen vielleicht den größten Gefallen, unser Aufklärungs- und Werbearbeit aber einen schlechten Dienst leisten, wenn wir ihnen ein so bequemes Mittel zu der Usurde böten: Ja, wir haben versucht, die Bedingungen für eine gemeinsame sozialdemokratische Front zu schaffen, sind aber an dem bedingungslosen Widerstande der Unabhängigen gescheitert.

Diese von Lipinski in seinem Schlußwort noch besonders hervorgehobene Erwägung war auch entscheidend für die Entschlebung der Landesversammlung. Die Resolution des Landesvorstandes wurde angenommen mit dem Zusatz, daß in jedem Falle die Landesversammlung die Entscheidung zu treffen habe. Das entsprach auch durchaus dem Wunsche und der Absicht der Fraktion.

Das Stimmverhältnis 37 zu 29 läßt die Opposition größer erscheinen, als sie ist. Es zeigt sich bei einer Prüfung des Wahlergebnisses, daß ein beträchtlicher Teil der Leipziger Delegierten, die die Masse der organisierten Genossen hinter sich haben, für die Resolution eintrat, während auf der andern Seite die Vertreter der kleinen mitglieder-schwachen Kreise geschlossen dagegen stimmten, besonders aus den Orten, wo die wilde kommunistische Agitation die sozialistischen Grundzüge verwirrt und Verwirrung angerichtet hat. Der Beschluß der Landesversammlung wird dazu beitragen, daß die Frage im Lande nochmals eifrig diskutiert werden wird, und — nach den Ausführungen und Klärung, die sie in der Debatte erfahren hat, mit einem Gewinn für die Partei und die Vertiefung ihrer Grundzüge.

Russisches Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, Moskau. Zeitungsnachrichten zufolge hat der Rat der Volkskommissare durch Verordnung vom 4. März des Jahres die Aktien und Anteilscheine nationalisierter und sequestrierter russischer Unternehmungen annulliert, diese Unternehmungen von der Zahlung aller von der Nationalisierung kontrahierten Schulden an Privatpersonen mit Einschluß der Obligationen befreit und ihre in Kreditinstituten befindlichen Kapitalien zugunsten des russischen Staates eingezogen. Die deutsche Regierung erhebt Einspruch gegen diese durch dieses Vorgehen erfolgte Beeinträchtigung deutscher Interessen. Es behält sich Geltendmachung deutscher Entschädigungsansprüche vor.

Sowjetrußland hat die Nationalisierung der Vermögen durchgeführt, um überhaupt Atem in den Schlingen der internationalen Kapitalisavampfs zu bekommen. Die deutsche Regierung als die Feindin der Sozialisierung versucht vergeblich das Geschäftsbüro der deutschen Blutsauger in Rußland wahrzunehmen. Aus allen Verordnungen und Unternehmungen unserer Reichsregierung dieselbe kapitalistenfreundliche Gesinnung. Die Herren in Weimar wissen warum!

Beratungen über den Freistaat Groß-Thüringen.

Berlin, 11. August. (Amitt.) Am 9. August hat auf Einladung der preussischen Regierung in Weimar unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Zusammenkunft von Vertretern derjenigen preussischen Gebiete stattgefunden, die nach den von Thüringen geäußerten Wünschen im Falle der Bildung eines Freistaats Großthüringen für eine etwaige Vereinigung mit diesem Staat in Frage kommen könnten. Neben Vertretern mehrerer preussischer Ministerien waren anwesend Vertreter der Provinzialbehörden Sachsens und Oester-Preussens, Vertreter mehrerer wichtiger Städte, die Leiter einzelner Berufsvertretungen, Vertreter der Industrie und insbesondere auch Abgeordnete der verschiedenen Parteien aus den fraglichen Landesteilen. Zweck der Zusammenkunft war eine Aussprache zwischen der Regierung und den beteiligten Kreisen Preußens über die Haltung, die gegenüber den von Thüringen geäußerten Wünschen einzunehmen sein werde. Zunächst anwesenden Vertreter der beiden Provinzen sowie sämtlich anwesenden Abgeordneten der Reichstages bis zur äußersten Linken sprachen sich auf Grund ihrer Kenntnis der Stimmung der Bevölkerung ohne Ausnahme dahin aus, daß eine etwaige Vereinigung preussischer Gebiete den Wünschen der Bevölkerung nicht entspreche und daher unter keinen Umständen in Frage kommen könnte. Es bedarf keiner Darlegung, daß in einem Freistaat wie Preußen diese einmütige Haltung der in erster Linie beteiligten Staatsbürger bei der ferneren Stellungnahme der Regierung zum sogenannten Großthüringer Frage berücksichtigt werden muß. Im übrigen ist die in die Presse gelangte Nachricht, daß Preußen seinen am 3. Juni 1919 in der Landesversammlung dargelegten Standpunkt aufgegeben und sich mit der Ueberlassung von Staatsgebieten an Großthüringen endgültig einverstanden erklärt habe, nicht zutreffend.

Wied oder Weßin?

Es gibt noch gute Monarchisten in Deutschland und besonders in Sachsen. Der ehemalige König von Sachsen hat noch keinen Finger gerührt, um sich von der Welt zu trennen, die ein dänisches Blatt gegen ihn erhoben hat, einen Teil seiner Besitztümer durch Flugesung nach Dänemark verschoben zu haben, zu reinigen. Aber die lokalen Unternehmungen in den Leipziger Kreisen Nachrichten und ähnlicher Organen haben es nicht abwarten können, bis sich der Herrscher selbst eigenhändig geäußert hat. Schließlich werden die Privatvermögensverwaltung des Königs und sein Generalbevollmächtigter ausgeholt was sie zu dem Fall zu sagen haben. Natürlich haben sie nichts zu sagen; sie wissen nichts von der Sache und halten es natürlich auch für ausgeschlossen, daß etwas daran sein könnte. Erleichtert werden also die grünlichen Patrioten, die der entschamunden Kleinfürstlichkeit nachtrauern, entnehmen, daß ihr guter Gönning schändlich verleumdet worden sei.

Weniger lokale Gemüter werden allerdings etwas bestimmtere Nachrichten abwarten, ehe sie sich dieser Auffassung anschließen. Daß die Kapitalflucht durch den Prinzen Wied erfolgt ist, scheint festzu stehen, es fragt sich nur, auf wessen Rechnung die Manipulation geschah. Die deutschen Monarchisten scheinen vorzuziehen, den ehemaligen albanischen Operettenfürsten zum Schuldigen zu machen. Er soll die Wertobjekte aus der Schweiz nach Schweden zu schaffen versucht haben wobei es aber offen bleibt, ob es seine eigenen oder die Kapitalisten von Freunden sind, die er vor unangenehmen Steuergriffen in Sicherheit zu bringen suchte. Die Monarchisten legen den Prinzen als Sündenbock vor, weil er nach ihrer erleuchteten Einbildung kein deutscher Fürst ist — er soll seine deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben haben, als er die schnell vergängliche Würde des Adorats von Albanien annahm. Was damit an dem Sachverhalt geändert würde, ist für nicht deutschenationalen Versteppelte nicht recht einzusehen. Ob Wied oder Weßin — in beiden Fällen kommt ein Gefrönter als Kapitalflüchter heraus.

Drunter und drüber in Ungarn.

Krieg gegen die Rumänen?

Paag, 12. August. (TU.) Aus Paris wird gemeldet: In Pariser Konferenzreisen sind Nachrichten eingelaufen, nach denen sich die Ungarn zu bewaffnen beginnen, um den rumänischen Truppen Widerstand zu leisten. Die Nachrichten sind so beunruhigend, daß sie den Beginn eines neuen Krieges in Ungarn befrchten lassen.

Die Weichenfledderer uneinig.

Budapest, 11. August. Das rumänische Vorkriegsbüro melbet: Die in Regierungskreisen verlaute, will Rumänien keinesfalls Ungarn räumen, ehe nicht die Entente alle im Vertrage von 1918 gemachten Zugeständnisse einlöst.

Mailand, 12. August. Corriere della Sera melbet: Die interalliierte Militärmission in Budapest hat aus Boris Instruktionen über die Verwendung des in Ungarn beschlagnahmten Kriegsmaterials erhalten. Das Material wird nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, über die am Feldzug beteiligten Verbündeten nach Maßgabe ihres Kräfteaufwands verteilt werden, sondern wird zur Deckung der gemeinsamen Schadenerschaftsprüche verwendet.

Wien, 11. August. Die monarchistische Bewegung in Ungarn scheint unter dem Druck der Entente eine neue Wendung zu nehmen. Der Herr Hof von Tod wird jetzt mit wachsender Bestimmtheit als Thronanwärter genannt.

Die Kommunistenschlägerei geht weiter.

Aus Budapest melbet bürgerliche Blätter: Die Verfolgung der Kommunisten hat vollends den Charakter einer Putschjustiz angenommen. Besonders in der Provinz wurden die kommunistischen Führer und Beamten in außerordentlich vielen Fällen gefangen genommen und schwer mißhandelt. — (Mißschwer mißhandelt? Neb.)

Deutschland.

Der Kronprinz zurückgekehrt? Der Belgische Kronprinz, der sich nach dem Scheitern der Verhandlungen über die belgische Neutralität nach London begeben hat, ist von Augenzeugen, Berliner Reisenden, berichtet worden, daß dort (?) der Kronprinz, der angeblich von Holland gekommen war, gesehen wurde, um seine zur Kur in Bad Ems gehende Familie nach Potsdam abzuholen. In diesem Zweck war im Zug ein besonderer Wagen einstellt worden. Als das Publikum hörte, daß sich der Kronprinz im Zuge befinde, bereitete es den herrlichsten Ovationen. — Nun heißt noch Wille m und es kann wieder losgehen: „Heil Dir im Siegertranz“.

Militärische Staatsstreikgefühle in der Türkei.

Bern, 11. August. Aus Konstantinopel wird dem französischen Blättern gemeldet, Mustafa Kemal Pascha sei Herr der Lage in Anatolien. Die gesamte Armee habe sich ihm angeschlossen. Die Lage werde für die türkische Regierung als außerordentlich kritisch angesehen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Zur Unterzeichnung des Österreichischen Friedensvertrages.

Die Unterzeichnung des Österreichischen Friedensvertrages wird nächste Woche erfolgen. Dr. Meiner ist Montagabend mit verschiedenen anderen Mitgliedern der Österreichischen Friedensdelegation nach St. Germain abgereist.

Die Besetzung von Antwerpen fällt. Nach einer Meldung aus Brüssel ist mit der Niederlegung der Besetzung von Antwerpen begonnen worden.

Angriffe der Bolschewisten in Lettland. W. T. S. meldet aus Riga: In der Richtung Jamburg und Vjuga sind die Bolschewisten mit starken Kräften an. Die Angriffe sind nicht abzuweisen. — Nach Dantschpruhnaritz haben die polnischen Truppen von Minsk a. S. eine große Offensive gegen die Bolschewisten begonnen. — Tausend Mail werden wieder einmal auf Bestellung, daß die Unzufriedenheit über die Sowjetregierung im Wachsen ist und daß die Revolution in Rußland im Gange ist, um den Zweck zu räumen und nach Tula umzuwandeln. — Hier scheint der Wunsch der Waise des Gedanken zu sein. (Red.)

Gefährliche Schüler der deutschen Militärischen. Nach einer Radiomeldung aus Athen sollen türkische Offiziere versucht haben, die Götzen, die sich gegenwärtig auf der Rede von Kifomeia befinden, zu zerstören. Der Versuch sei von englischen Kriegsschiffen vereitelt worden. Die türkische Besatzung sei geblieben.

Nationalversammlung.

76. Sitzung vom Montag, 10 Uhr vormittags.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Grundgesetzentwurfes. Der Ausschuss hat dem Gesetz diese Überarbeitung gegeben, weil nach seinen Beschlüssen zu § 1 beim Uebertrag des Eigentums an inländischen Grundstücken allgemein eine Grunderwerbsteuer erhoben wird.

Abg. Sackmann (Soz.): Untere Reden, namentlich bezüglich der Abänderung der Steuer auf die Mieter, sind durch die Ausschussberatung nur zum Teil beseitigt worden. Annehmbar ist uns der Entwurf nur unter der Bedingung, daß bei aller Rücksicht auf die Finanznot des Reiches auch die Finanznot der Gemeinden nicht außer Acht gelassen wird. Außerdem muß alles gemeinnützige Grundeigentum von dieser Steuer befreit bleiben. Eine Abänderung der Steuer nach der Bestimmtheit haben wir jedoch nicht erreicht. Namentlich ist das Gesetz eine erhebliche Steuerquelle für das Reich. Darüber, ob es nicht besser ist, die gewerbesteuerliche Verhältnisse von Grundstücken in einem besonderen Gesetz zu regeln, und ob die Steuerfreiheit für das Erbbaurecht gesichert ist, erwarten wir noch eine Erklärung der Regierung.

Abg. Sente (U. Soz.): Für und gegen das Bedenken, daß die Grunderwerbsteuer auf die Mieter gewälzt werden wird, so schwer, daß wir das ganze Gesetz ablehnen. Die Abwälzbarkeit ist in naher Zukunft noch dazu gefährdet, weil wir mit einer beispiellosen Wohnungsnot in Deutschland zu rechnen haben, unter der ganz besonders die Arbeiterklasse der Großstädte zu leiden haben wird.

Abg. Waldflein (Dem.): Der Entwurf mit seinem fiskalischen Zweck erscheint uns überhaupt nur unter dem Gesichtspunkt annehmbar, daß das Reich ungeheure Einnahmen braucht. Es ist uns aber mehr als fraglich, ob der Entwurf wirklich die erwarteten Mehreinnahmen bringen wird, denn nach unserer Ueberzeugung wird das Gesetz eine außerordentliche Verminderung des Umlages und damit der Einnahmen aus dem Umlageposten mit sich bringen.

Abg. Dr. Becker-Heffen (D. Sp.): Wir stimmen dem Entwurf nur mit schwerem Herzen zu. Der Umlage kann durch eine so hohe Steuer schwer beeinträchtigt werden und außerdem werden sehr leicht die Mietpreise hochgetrieben werden.

Abg. Bredde (Dnat. Sp.): Untere Hauptbedenken richten sich gegen die Höhe der Steuer und gegen die Benachteiligung der Gemeinden. Wie wird sich das Verhältnis dieser Steuern zu anderen Steuern, zur Umsatzsteuer, Wertzuwachssteuer und Grundsteuer gestalten?

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß über diese Frage im Rahmen der Reichsfinanzordnung zu verhandeln sein wird.

§ 1 wurde in der Fassung des Ausschusses angenommen, ebenso ebenfalls die Paragraphen 2 bis 6. — Zu § 7 (Höhe der Mietererhöhung der Steuer) beantragen die Abg. Dr. Siehe, Waldflein und Ben. (Dem.) eine Ermäßigung der Steuer bis zur Hälfte, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000 und bei unbebauten 5000 Mark nicht übersteigt.

Damit verbunden wird die Beratung des § 30a und eines vom Abg. Dr. Becker-Heffen beantragten § 30b, wonach die Oberbehörde die Steuer ermäßigen kann, wenn der steuerpflichtige Betrag in dem vorhin erwähnten Art. 20a erwähnte Höhe nicht übersteigt.

Abg. Dr. Siehe (Dem.): Unser Antrag, einen § 7a einzufügen, hat ein festes Gesicht. Er hilft dem platten Lande, kommt aber den Kreisbesitzern zugute und berücksichtigt den Wohnungsbedarf.

Nachdem Abg. Simon (Soz.) die Anträge als caritativ befürwortet und Abg. Dr. Rumm (Dnat. Sp.) die Anträge unterstützt hat, bittet Finanzminister Erbacher um deren Ablehnung mit Rücksicht auf die Finanznot des Reiches.

Das Reich braucht 25 Milliarden. Wenn bei der Umsatzsteuer etwas abgezogen wird, so muß die Reichsgründungssteuer erhöht werden. Ist die Rechte dazu bereit? Die Finanzgelehrten müssen so, wie sie vorliegen, verabschiedet werden. Die Anträge sind teilweise darum unüberführbar, weil die Grundlagen für die notwendigen Veränderungen fehlen. Auf Anregung der Reichsregierung wurden bei der Finanzreform von 1909 20 Millionen von der Grunderwerbsteuer auf den Grundwertstempel abgezogen. Eine geringe Erhöhung der Steuer, etwa von 5 auf 6 Proz., ergibt heute keine Steuerreform mehr. Es muß ganz anders durchgedacht werden.

Abg. Dr. Becker-Heffen (D. Sp.): Wir haben doch überall in allen Staaten eine Veranlagung zur Einkommensteuer, die im ganzen so gut war, daß auf ihr eine so große Steuer wie das Mehrereinkommen gesetz aufgebaut werden konnte. So konnte es auch hier geschehen. So soll man denn Steuern nachlassen, wenn nicht gerade bei kleinen Beträgen? Auch hat ja der Ausschuss den Grundgedanken der Anträge anerkannt, wenn es sich um Befreiung des flachen Landes und die Befreiung gesunder Kleinwohnungen handelt. Wir sind in diesem Falle die Sozialdemokraten, (11) während die Sozialdemokraten gegen diese Anträge sprechen und stimmen, nur um sich bei der Regierung beliebt zu machen.

Abg. Bredde (Dnat. Sp.): Wir lehnen die Anträge ab, weil wir nicht für Stadt und Land verschiedene Rechte schaffen wollen.

Abg. Waldflein (Dem.): Mit diesem Gesetz gehen wir hinter die

Grundzüge sozialer Gerechtigkeit zurück, die schon unter der alten Regierung geherrscht haben. Der Finanzminister ist früher für die von uns gemachten Bedingungen eingetreten. Auch vermischen wir eine Antwort des Finanzministers auf den Einwurf, daß der hohe Steuerfuß leicht prohibitiv wirken kann.

Abg. Sackmann (Soz.): Wir sind bereit gewesen, die Minderbemittelten von der Steuer zu befreien, aber wieder davon abgekommen, um keine Sondervergünstigung für das platte Land zu schaffen.

Abg. Rumm (Dnat. Sp.) wendet sich gegen eine Bemerkung des Finanzministers, daß er Mißtrauen gegen die gegenwärtigen Steuerbehörden habe. Dadurch müsse die Arbeitsehrlichkeit der Beamten gefährdet werden.

Minister Erbacher: Ich habe nicht von Mißtrauen gegen die Beamten, sondern gegen die Organisationen gesprochen, und gerade deshalb schaffe ich eine Neuorganisation. Das Gesetz ist doch gerade von den Realisationsgenossen Dr. Waldflein, den Herren Dr. Derenburg und Dr. Schiffer, gemacht worden, und die ungeheure Postone des Reiches zwingt uns zu einem veränderten Standpunkt.

Abg. Dr. Becker-Heffen (D. Sp.): Wir erkennen die Notlage des Reiches an, aber den durch unsern Antrag eintretenden Ausfall kann das Reich doch ertragen.

Abg. Vahr (Dem.): Wer sich gegen unsern Antrag wendet, schädigt vor allem das Wohnungsrecht und die Wohnungspolitik.

Abg. Sente (U. Soz.): Es ist ein Widerspruch, wenn die Antragsteller den

antiformalen Charakter des Gesetzes anerkennen, ihm dann aber doch zustimmen, und dann wieder für eine bestimmte Gruppe von Interessenten ihr soziales Empfinden einlegen wollen. (Große Unruhe.)

Abg. Simon (Soz.): Von den hier beantragten Befreiungen würden weder die städtischen, noch die ländlichen Arbeiter Vorteile haben.

Unter Ablehnung aller Anträge werden § 7 und § 30a unverändert angenommen.

§ 8 bestimmt, daß die Steuer auch erhoben wird, wenn bei inländischen Grundstücken, die im Besitz der „toten Hand“ oder im Eigentum von Personenvereinigungen, Anstalten oder Stiftungen aller Art usw. 20 Jahre seit der Gründung oder dem Erwerb oder dem legitimen Eintritt der Steuerpflicht verstrichen sind.

Finanzminister Erbacher erklärt, daß eine Vorlage über die einheitliche Regelung der Besteuerung der „toten Hand“ im Herbst der Nationalversammlung zugehen werde.

Nach dieser Erklärung beantragt Abg. Waldflein (Dem.), entgegen dem § 8 zu streichen, oder das Wort „Personenvereinigungen“ zu ersetzen durch „juristische Personen“. Der Redner weist darauf hin, wie schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 8 unverändert angenommen.

§ 9 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 9 unverändert angenommen.

§ 10 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 10 unverändert angenommen.

§ 11 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 11 unverändert angenommen.

§ 12 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 12 unverändert angenommen.

§ 13 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 13 unverändert angenommen.

§ 14 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 14 unverändert angenommen.

§ 15 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 15 unverändert angenommen.

§ 16 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 16 unverändert angenommen.

§ 17 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 17 unverändert angenommen.

§ 18 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 18 unverändert angenommen.

§ 19 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 19 unverändert angenommen.

§ 20 beantragen die Deutschnationalen, die Steuer von 4 auf 3 Proz. zu ermäßigen. Es kommt hierbei wiederum zwischen dem Finanzminister Erbacher und dem Deutschnationalen Bredde zu einer Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Steuerbehörden. Der Finanzminister weist darauf hin, daß ein länderweiter Finanzdienst ihm selbst sehr schwer durch diesen Paragraphen a. B. die Handelsgesellschaften geschädigt werden würden, aber auch a. B. sämtliche Gewerkschaftsbüros, die von der Rechtsprechung nicht als gemeinnützige Institute anerkannt würden.

Die Anträge Waldflein werden mit knapper Mehrheit abgelehnt und § 20 unverändert angenommen.

Ein Regierungsvertreter tritt für die Sondersteuer ein und sagt für die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen die mögliche Berücksichtigung der Interessen des Handels zu.

Damit schließt die Beratung. Vor der Abstimmung über § 1 wird ein Kompromißantrag Dr. Mund (Dem.) angenommen, im ganzen Geiste den Ausdruck „Reichsminister der Finanzen“ durch „Reichsfinanzminister“ und die Bezeichnung „Staatsausgaben“ durch die Bezeichnung „Reichschatz“ zu ersetzen. — §§ 1 und 2 werden hierauf unverändert angenommen.

§ 3 handelt von der Verwendung und Besteuerung von Tabakerzeugnissen und bestimmt u. a., daß Tabakerzeugnisse nur nach näheren Bestimmungen des Reichsfinanzministeriums verwendet werden dürfen.

Abg. Dr. Philipp (Dnat. Sp.) begründet einen Antrag, statt „Reichsfinanzminister“ zu sagen „Reichschatz“, da er es für bedenklich hält, einem einzelnen Reichsminister eine so weitgehende Vollmacht zu geben, solange das Reich noch ein Bundesstaat sei.

Abg. Dr. Mund (Dem.) will dem § 3 einen neuen Absatz hinzugefügt haben, wonach jede aus Tabakerzeugnissen hergestellte Zigarette den Ausdruck „Erfahrung“ und jede aus Tabak unter Verwendung von Erfahrungsstoffen hergestellte Zigarette den Ausdruck „Mischware“ zu tragen hat.

Der deutschnationale Antrag wird abgelehnt. Der Antrag Dr. Mund (Dem.) wird angenommen und mit dieser Änderung der § 3; ebenso § 4.

§ 5 behandelt die Steuerart.

Abg. Anshab (Dnat. Sp.) beantragt dazu einen Antrag seiner Partei um niedrigere Tarife für Zigaretten und höhere für Zigaretten, ferner für niedrigere Besteuerung der Mischware mit Rücksicht auf die minderbemittelten Käufer und die Preise für kleinen Mannes.

Abg. Sackmann (Soz.): Durch solche Praktiken werden die Deutschnationalen, die jetzt als Retter der armen Leute erscheinen möchten, keinen Zulauf erfahren. Wir sind auch gegen die deutschnationale Entscheidung über die Aufhebung der Befreiung der inländischen Mischware, dadurch würde nur eine neue Preissteigerung der inländischen Tabake herbeigeführt.

Unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge wird der ganze § 5 in der Ausschussfassung mit großer Mehrheit angenommen. Das Gesetz wird darauf ohne weitere Debatte angenommen.

Präsident Freydenberg schlägt vor, die Verhandlungen auf morgen nachmittags 3 Uhr zu versetzen mit dem Rest der heutigen Tagesordnung und unter Einfügung des Umsatzsteuergesetzes.

Zur Geschäftsordnung bemerkt der Abg. Philipp (Dnat. Sp.), seine Partei erbeie Einspruch gegen die Versetzung.

Abg. Vahr (Dem.) bittet, das Umsatzsteuergesetz morgen abzulesen seines Inhalts wegen. Es behandle die indirekten Steuern und könne deshalb nicht eher beraten werden, als bis die direkten Steuern, namentlich des Einkommensteuergesetz, erledigt seien.

Abg. Dr. Philipp (Dnat. Sp.): Wir sind nur gegen die Versetzung, denn es erscheint unbillig, über die Umsatzsteuer und Abgabensatzung gleichzeitig zu sprechen.

Abg. Dr. Becker-Heffen (D. Sp.): Der Vorschlag des Präsidenten ist richtig. Wir haben allen Grund, nicht erst die direkten Steuern zu beraten, ehe wir nicht auch über die indirekten klar sind. (Virt. Wort und Unruhe bei den Soz.)

Abg. Erbacher (Zentr.): Der Vorschlag des Präsidenten entspricht einer Vereinfachung, der auch die Deutschnationalen zugestimmt haben. Die Reichseinkommensteuer wird und muß kommen. Sie ist gesichert, da in der Regierung doch die Minister der Sozialdemokraten sind. Letztere sollten doch kein Mißtrauen gegen ihre eigenen Minister haben. Das Gebiet der Umsatzsteuer ist so umfangreich, daß sonstige parlamentarische Arbeiten bis zum Dezember verschoben werden müßten.

Abg. Schiffer (Dem.): Die Umsatzsteuer ist von den sozialistischen Ministern ohne die Einkommensteuer eingebracht worden. In den Widerstreit der Sozialdemokraten im Hause und in der Regierung wird eingemüht, habe ich keine Veranlassung.

Abg. Vahr (Dem.): Wir haben kein Mißtrauen gegen unsere Minister, sondern gegen die Mehrheit in diesem Hause. (Wegung.) Darum müssen wir über den Ausfall der Endabstimmung Klarheit zu gewinnen suchen. Der Spott des Abg. Schiffer über die Dissonanz zwischen Fraktion und Regierung ist ganz unangebracht. Wir wollen, daß über die Vorlagen über die direkte und indirekte Besteuerung heute gleichzeitig entschieden wird.

Abg. Erbacher (Zentr.): Als Abgeordneter ist mir bekannt, daß zu einem Mißtrauen gegen die Regierung keine Veranlassung vorliegt. (Große Heiterkeit.) Bis Ende September oder Anfang Oktober werden die Garantien für die Reichseinkommensteuer gegeben sein, und bis dahin wird die Umsatzsteuer noch lange nicht verabschiedet sein.

Das Ergebnis der Abstimmung über den Vorschlag des Präsidenten bleibt zweifelhaft; es muß Auskählung erfolgen. Für den Vorschlag stimmen 108, gegen ihn 85 Abgeordnete.

Präsident Freydenberg: Damit ist der Vorschlag des Präsidenten angenommen, aber gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses festgestellt. Es ist daher Sache des Präsidenten, die Tagesordnung festzusetzen. (Heiterkeit.) Ich lege die nächste Sitzung fest auf morgen nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Anträgen, Rest der heutigen Tagesordnung, Umsatzsteuer.

Sitzung nach 8 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Streit im Buchhandel.

Der Kampf steht günstig. Vor mittig hatten die Unternehmer die Vorschläge der Tarifkommission abgelehnt. Nicht so mit Gleichberechtigung wollten sie verhandeln, sondern wie zwischen Herr und Knecht. Die Vertreter der Angestellten sollten nur unterschreiben, was ihnen die Herren vorlegten. Heute weht der Wind schon anders. Sie hatten geglaubt, nur wenige zu finden, die aus den Betrieben gehen würden. Aber die Not hat die Buchhandels-Angestellten aufgeweckt. Kaum 5 v. D. der gesamten Angestellten verrätten sich in die Streikarbeit. Selbst die eingeschriebenen Streikenden haben ihren Zweck verfehlt. Die Zahl der Streikenden hat sich trotz dieser Maßnahme verdoppelt.

Über die einmalige Beihilfe schwiegen sich die Herren früher aus. Wir wissen heute warum. Gleichgültig mit der Forderung erhielten sämtliche Buchhandels-Angestellten die Mitteilung, was ihnen vorgesetzt würde, wenn sie Streikverweigerer lizenzieren. Und was soll der Zubehörschein sein? — 50 Mark für den Verheirateten über 27 Jahr und 15 Mark für den jungen ledigen Angestellten wollen sie als monatliche Beihilfe zahlen! —

An der Geschlossenheit der Angestellten ist nicht zu zweifeln und sie wird ihre Wirkung auf die Unternehmer nicht verfehlen. Wir werden uns aber merken, wer den Kämpfern in den Rücken gefallen ist.

Die Streikleitung.

Bankbeamtenstreik in Hamburg-Altona.

Hamburg, 11. August. (W. A. Z.) Die Bankbeamten in Hamburg-Altona sind heute in den Streik eingetreten. Die Banken sind infolgedessen geschlossen. Die Bankstellungen haben die arbeitswilligen Beamten und Voten aufgefordert, sich Montag früh an ihren Arbeitsplätzen einzufinden. Für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Schutz der Arbeitswilligen seien seitens des Korps Leitende ausreichende Vorkehrungen getroffen. Die Banken haben jedoch beantragt, daß, falls die Mehrheit der Angestellten nicht zur Arbeit erscheine, der Betrieb der Banken für den Verkehr mit dem Publikum nicht aufgenommen werde.

Hamburg, 11. August. Die Bankangestellten der Norddeutschen Bank haben sich dem Ausnahmestrich mit 908 gegen 97 Stimmen angeschlossen. Reichswehrsoldaten bewachen die Banken, jedoch wird den Streikenden kein Hindernis in den Weg gesetzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Kurt Geyer, Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Willer, Borsdorf-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Kettner-Gesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Außerordentliche Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Zweiter Verhandlungstag.

Der 2. Tag der Landesversammlung begann mit dem Referat des Genossen Lipinski über

die Regierungsbildung.

Genosse Lipinski führte ungefähr aus: Nachdem der Krieg den militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch gebracht hat, nachdem sich der Kapitalismus als unfähig erwiesen hat, die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze der Völker untereinander auszugleichen und der Sieg der Entente sich darstellt nicht als Auslösung, sondern als Vertiefung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, erhebt sich für die Arbeiterklasse die Frage, was nunmehr von ihr aus zu tun ist. Sie hat ihre alte Forderung, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft mit allem Nachdruck von neuem zu erheben und zu verfolgen, diese Forderung durchzuführen. Das Erfurter Programm gibt genauen Aufschluß, daß das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftliches umgewandelt werden muß. Aber die Frage, wie erreichen wir diese Umgestaltung, welchen Weg schlagen wir dazu ein, hat sich die Arbeiterklasse in drei Gruppen geteilt, wobei ein Teil der Arbeiter uns noch indifferent gegenübersteht. Um den Kampf um die politische Macht zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist es nötig, daß die Arbeiterklasse zu einer klaren Wertung der politischen Verhältnisse reif ist. Bis jetzt haben wir die politische Macht nicht erreicht, namentlich aus dem Grunde, weil die Rechtssozialisten, die bei der bürgerlichen Demokratie stehen bleiben, anstatt zur Diktatur des Proletariats zu gelangen, es vergessen haben, daß die ökonomische und politische Freiheit nur durch die Herrschaft der Arbeiterklasse zur wahren Demokratie führt. Sie verwirren die Köpfe mit ihren Begriffen. Sie haben es fertiggebracht, in der neuen Verfassung den Kapitalismus wieder fest zu verankern. Sie haben die Schule dem Zentrum ausgeliefert. Das Zentrum bestimmt die deutsche Politik. Da war es nun unsere Partei in der sächsischen Volkskammer, die ein neues Schulgesetz auf freisocialistischem Boden aufbaute hat. Redner stellt dann die Frage der Möglichkeit einer Sozialisierung, und erörtert, welche Mittel und zur Verfügung stehen, um unsere Ansichten durchzusetzen. Wir bedienen uns aller Mittel, einschließlich der Parliamente. Bei der Frage der Erziehung der politischen Macht haben wir an historische Vorgänge anzuknüpfen. Gen. Lipinski behandelt nun in geschichtlicher Reihenfolge die verschiedene Stellung der U. S. P. in der sächsischen Regierung, weist auf die Schuld der Rechtssozialisten an Zusammenbruch der Koalitionsregierung nach zwei Monate langer, gemeinsamer Tätigkeit hin, geht dann zu einer Schilderung der verschiedenen Bemühungen der Rechtssozialisten über, ihre immer schwächer werdende Position durch Wiederanschluß der U. S. P. zu stärken, brandmarkt die Gewalttätigkeit der Rechtssozialisten und kommt schließlich auf die Stellungnahme der Volkskammerfraktion zu dem Versuch der Rechtssozialisten, die U. S. P. zur Teilnahme an der Regierungsbildung zu gewinnen, wobei er betont, daß er nicht grundsätzlich gegen ein Zusammenarbeiten mit den Rechtssozialisten ist, sondern daß für ihn tatsächliche Gründe und Gründe der Zweckmäßigkeit entscheidend sind. Erst letztes wieder ist unser Standpunkt zum Eintritt in die Regierung präzisierter worden, wobei alle Vorbedingungen, die notwendig waren, um die Arbeiterklasse nicht zu beeinträchtigen, gegeben waren. Nachdem damals die Rechtssozialisten es abgelehnt haben, auf der Grundlage der zielklaren sozialistischen Forderungen der U. S. P., die Regierungsgewalt mit ihr zu teilen, und nachdem die weiteren Ereignisse, namentlich die Untaten in Chemnitz, bewiesen haben, daß die Rechtssozialisten nicht ablassen von ihrer Gewaltpolitik, ist der Landesvorstand der Meinung, daß, so dringend notwendig die Einheitsfront der Arbeiterklasse erscheint, doch ein Zusammenarbeiten mit den Rechtssozialisten ausgeschlossen ist, solange diese ihre Gewaltpolitik gegen die Arbeiter fortsetzen und sich nicht vorbehaltlos zur Durchführung des Sozialismus bekennen.

Siehe auf erstattet Genosse Seger sein Referat über das Rätesystem.

Zunächst sei es notwendig, sich mit dem Rätesystem zu eingehend wie nur möglich zu beschäftigen, und zwar immer im Zusammenhang mit der Partei- und Arbeiterbewegung und im Hinblick auf die gesamte politische Lage. Dann wird man den nötigen objektiven Standpunkt bekommen für die Beantwortung der Frage: Welche Bedeutung muß man dem Rätesystem zuschreiben für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus. — Die Entwicklung der Arbeiter- und Soldatenräte zu Beginn der Revolution war widersprechend und die Hoffnungen auf eine baldige Vervollständigung der gesamten politischen und ökonomischen Macht berechtigt, wenn nicht die zum Teil bürgerliche Zusammensetzung, der Widerstand der Besitzenden und noch mehr die Fehler der eignen Gewerkschaften, die bei Beurteilung der Rätesfrage an die Stelle der wirklichen Verhältnisse ihre eignen Wünsche setzten, zu einer Reihe von Niederlagen geführt hätte. Freilich ist der Zweifel, der jetzt über den Zusammenbruch Ungarns laut wurde, verflücht, denn das Rätesystem habe sich nun doch einmal als eines der notwendigen Mittel herausgestellt, um zum Sozialismus zu gelangen. Redner ging nun auf die Auffassung des Sozialismus in den verschiedenen Parteien des näheren ein, soweit sie zur Frage des Rätesystems Stellung genommen haben, und kommt dann zu der grundsätzlichen Fassung der Frage: Genügt das Rätesystem, um den ganzen Prozeß der Umwandlung der Gesellschaft durchzuführen? Seiner Meinung nach fehlen alle Voraussetzungen, um die Frage mit einem klaren Ja zu beantworten. Nachdem Genosse Seger den Standpunkt Däumling erläutert hat, der von zwei Seiten der Beteiligung der Räte spricht, von der politischen und der ökonomischen, indem Parlamentarismus und Verwaltung vereint ist, stellt er fest, daß es in der Praxis bedenklich geshapert hätte und auch weiter hapern würde, solange der Niederbruch der bürgerlichen Gesellschaft nicht vollendet sei. — Das Rätesystem als Ziel der Arbeiterbewegung lehnt der Referent ab. Er tritt scharf den Kommunisten entgegen, deren unaufrichtige Politik er hiermit öffentlich brandmarken wolle, die zu Zeiten der Gefährlichkeit die U. S. P. täglich angreifen und in Zeiten wie der jetzigen einfach von der Bildfläche verschwinden sind, um dann später wieder aufzutreten, um mit einer Handbewegung beiseite schieben und den starken Mann marzieren wollen. Er kritisiert dann weiter die mangelhaften Konzeptionen der Rechtssozialisten an das Rätesystem, wobei er feststellt, daß das bisher gewährte System der Betriebsräte eigentlich nur den Unternehmern und den Gewerkschaften dient. Die Sozialisierung setzt eine Reihe von politischen Akten voraus; vor allem muß die politische Macht, die nicht nur in der Regierungszentrale, sondern auch im Verwaltungsapparat beruht, in den Händen der Arbeiterklasse sein. Es genügt nicht, die Rätepublik zu erklären, wenn die realen Verhältnisse dem widersprechen. Durch solche Experimente, wie wir sie in Bayern und Ungarn sehen, wird die Bewegung nur zurückgeworfen und eine Menge Kräfte gehen der Gesundheit verloren. — Unsere Macht liegt darin, daß wir die Massen hinter uns haben. Sie weiter für unsere Ziele zu machen, ist unsere Aufgabe. Dazu dient auch der Parlamentarismus, wie die Weimarer Vorgänge schlagend beweisen. Wir müssen das Sammelbecken aller revolutionärer Arbeiter werden. Schließlich kam der Referent noch auf die Vorgänge in Russland zu sprechen, wo man immer noch Waren produziert, Fabrikanten und Techniker höher bezahlt, die Waren durch Landerteilung zu Eigentumsverhältnissen macht und das Privateigentum an Produktionsmitteln noch gar nicht aufgehoben hat. Wir dürfen vor allem nicht vergessen, daß die Entscheidung im Westen fallen wird, wo der Welt-

kapitalismus mit. Möchten die Lehren von Marx und Engels weiter beachtet werden, damit der notwendige Untergrund für eine tragfähige sozialistische Gesellschaft gewährleistet ist. Nachdem der Antrag Dr. Geyer, die Diskussionszeit auf 25 Minuten festzusetzen, angenommen worden ist, wird in die

Debatte

über die beiden Referate und die dazu gestellten Anträge eingetreten. Genosse Paul Böttcher ist der Meinung, daß gegenüber der Argumentation des Gen. Lipinski, man könne den Sozialismus nicht binnen 24 Stunden einführen, immer betont worden sei, daß wenigstens ein Anfang mit der Sozialisierung gemacht werden müsse. Wenn Gen. Lipinski dann aus der grundsätzlichen Ablehnung der Teilnahme an der Regierung auf einen Verzicht auf den Parlamentarismus überhaupt schließt, so muß ihm entgegengehalten werden, daß es jetzt darauf ankommt, nicht in die jetzige Regierung, die sich nur auf Patronette stützen kann, einzutreten, sondern diese Regierung zu beseitigen; wir wollen keine reformsozialistische, sondern revolutionäre sozialistische Arbeit. Aus diesem Grunde wäre es viel eher nötig, eine linkssozialistische Regierung zu bilden. Im übrigen aber werde die Vereinigung des Proletariats nicht am grünen Tisch, sondern im Kampfe der Massen durchgeführt, wie die Chemnitzer Verhältnisse beweisen. Daher gilt es für uns, auf die Stützen des Zusammenstufes der arbeitenden Schichten unser Augenmerk zu richten, auf die Stellen, wo der Kapitalismus uns schon vorgearbeitet und das Proletariat wirtschaftlich organisiert hat.

Genosse Schulz-Zwickau stellt fest, daß gegenüber einem starken Streben nach links der Landesvorstand es fertiggebracht habe, nach rechts Anlauf zu nehmen. Dadurch stoße man viele Genossen vor den Kopf. Er geht in seinen Ausführungen darauf ein, daß die Rechtssozialisten und ja wir bringen wollen, um ihre eigene schwankende Position zu kräftigen. Wir werden nie in der Lage sein, beispielsweise in einer partiellisch zusammengeleiteten Regierung die Rechtssozialisten vorwärts zu treiben. Auf dem Boden des Rätesystems stehend, lehnt Redner den Eintritt in die bestehende Regierung ab und bezeichnet die Verhandlungen des Landesvorstands mit den Rechtssozialisten als Putschpolitik gegenüber der eigenen Partei.

Genosse Müsch-Dresden tritt auch für die Ablehnung einer Beteiligung an der Regierung ein, und zwar aus parteialistischen Gründen. Es wäre tatsächlich unklar, die Rechtssozialisten zu stärken. Wir sollten vielmehr ihren Fall beschleunigen helfen. Am Referat Seger bedauert der Genosse, daß der Referent zu schmerzhaft und damit dem Rätesystem selbst sicher keinen Dienst erwiesen habe. Däumling sei der Ansicht, man müsse unterscheiden zwischen dem Rätesystem als Mittel und dem Rätesystem als Ziel. Im ersten Falle sei es gleichbedeutend mit der Diktatur des Proletariats, im andern Falle ist es die Erfüllung der wahren Demokratie, nämlich der Schaffung der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung.

Genosse König-Dresden polemisiert gegen den ehemaligen Minister Lipinski, der zu wenig revolutionäre Energie besessen hätte und den Arbeiterräten nicht genügend freie Hand ließ. Die Minister sollten nicht diejenigen sein, die die Revolution in den Sumpf führen. Er lehne die Zusammenarbeit mit den Rechtssozialisten ab. Er lehnt auch die Entschickung des Landesvorstands grundsätzlich ab. Er spricht sich noch für Resolution der Ortsgruppe Dresden Punkt 3 und begründet die Forderung, daß in einem Rahmengesetz die volle Selbstverwaltung der Räte garantiert wird.

Genosse Heine-Dresden wendet sich nunmehr scharf gegen die Angriffe, die der Fraktion und dem Landesvorstand gegenüber erhoben worden sind, und in besonderen gegen den seitdem erschienenen Artikel des Genossen König, in dem von seinen Erscheinungen dauernder Parlamentarierarbeit und der „legendären Schaffenskraft der Lipinski, Fleischer, Geyer“ die Rede war. Er verweist in diesem Angriffe alle Sachlichkeit und verwahrt sich gegen jede Verdächtigung, welche im Namen der übrigen Fraktionsmitglieder. In gleicher Weise müsse er auch dem Gen. Schulz-Zwickau gegenüberreten. Was den Parlamentarismus anbelangt, so könne doch seine Daseinsberechtigung als Mittel zum Zweck nicht geleugnet werden. Was Gen. Seger von Weimar sagte, daß nämlich die Unabhängigen eine sehr wichtige Funktion hätten, indem sie die Rechtssozialisten dauernd entlarften, gelte mit dem gleichen Recht auch für Sachsen. Wenn aber jemand die Verhandlungen mit Rechtssozialisten grundsätzlich ablehne, wie stelle er sich da die Arbeit in Ausschüssen, Gemeindefreien und Arbeiterräten vor? In der Frage der Regierungsbildung seien allein tatsächliche Gründe maßgebend gewesen. Bei der Besprechung des von Gen. König vertretenen Antrags Groß-Dresden, Punkt 3, best. Gen. Fleischer den Widerspruch auf, der darin liegt, die Parliamente zu verworfen und zu gleicher Zeit ein Rahmengesetz für die Arbeiterräte zu fordern. Was die Zusammenlegung der Arbeiterräte anbelangt, so muß es für uns von Bedeutung sein, dafür zu sorgen, daß die große Masse auf dem Boden unserer Ideen steht. Sonst können wir auch mit dem Rätesystem nicht weiter als mit dem Parlament.

Genossin Ziegler spricht zunächst als Vorkämpferin des Rätesystems und sieht darin in der Zukunft den Ausdruck einer Demokratie der schaffenden Kräfte. Sie stimmt Gen. Seger zu in dem Punkte, daß theoretische Arbeit über die Räte noch weiter Kreisen fehle. In der Frage der Regierungsbildung erklärt Genossin Z., die Frage der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung sei eine grundsätzliche und muß abgelehnt werden. Die Frage des Eintritts in ein sozialistisches Ministerium sei eine Frage der Zweckmäßigkeit. Hier in Sachsen könnte sie sofort mit „Nein“ beantwortet werden, wobei es ein Gebot der Taktik war, nicht von vornherein einer Verhandlung mit den Rechtssozialisten auszuweichen. Was die Frage der Beteiligung an den Parlamenten überhaupt anlangt, so müssen wir uns an diesen betätigen, solange wir noch nicht die Demokratie des arbeitenden Volkes in der Vollendung haben. Genossin Ziegler schlägt schließlich an der Entschickung des Landesvorstands noch einige Forderungen vor.

Siehe auf wird in die Mittagspause eingetreten.

Vor Beginn der Aussprache in der Nachmittagsung gelangt ein Antrag zur Annahme, der die Redezeit auf 15 Minuten festsetzt. Genosse Fritzsche-Chemnitz: Die Genossen im Ergebeigebiet seien sich klar, daß ein Zusammenarbeiten mit der U. S. P. ausgeschlossen ist. Das gelte wieder das Vorgehen der Regierung in Chemnitz, wo das Militär die Arbeiterchaft provoziert habe. Ein Vertreter der U. S. P. habe in Chemnitz den Belagerungsstand mit unterzeichnet. Redner schließt eingehend die weiteren Vorgänge in Chemnitz und wendet sich mit scharfem Vorwurf gegen die Regierung. Die Kommissionsmitglieder der drei Parteien seien erst gestern bei der Regierung vorgelassen worden. Die mehrheitssozialistischen Vertreter der Kommission seien der Regierung entgegengekommen. Der Parlamentarismus habe in Deutschland abgewirtschaftet. Die revolutionäre Auffassung der Arbeitervertreter sei durch den Parlamentarismus verflücht und deshalb sei es zum Krieg gekommen. Er schlägt vor, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Genosse Dr. Geyer-Leipzig: Die Entschickung des Landesvorstands ist nichts anderes als die Vollmacht, mit den Rechtssozialisten zu verhandeln, wenn sie auf unsere Forderungen eingehen. Das wäre aber keine Gewähr, daß diese Forderungen auch unsere Forderungen mitvertreten würden. Die Beteiligung im Parlament und in der Regierung müsse getrennt werden. Gen. Lipinski meine, wenn man im Parlament sei, dürfe man in der Konsequenz auch die Beteiligung an der Regierung nicht ausschlagen. Demgegenüber stellt Gen. Dr. Geyer fest, daß dies eine Rückwärtsentwicklung unserer Partei bedeute. Das Eintreten in die Regierung wäre ein Kompromiß. Im Parlament müsse man sich auf eine gemeinsame Grundlage einlassen. Die rechtssozialistische Partei nennt sich zwar eine sozialistische, aber sie ist nur eine bürgerliche Reformpartei. — Redner bittet deshalb, die Entschickung des Landesvorstands abzulehnen. Das Referat des Gen. Seger sei an der Peripherie des Stoffes geblieben. Es ginge von einer Abstimmung gegen die Genossen, die das Rätesystem propagieren,

Wenn das Rätesystem ein Mittel zur Durchführung des Sozialismus sei, müsse man es auch anstreben. Das Rätesystem soll nicht nur Kampfororganisation, sondern auch künftige Staatsform sein. — Man müsse sich bewußt freimachen von allen Gedankengängen, wenn man das Neue wolle.

Genosse Alfred Böttcher-Leipzig: Am 11. Juli auf der Landesversammlung habe die ganze Leipziger Organisation mit 40 000 Mitgliedern keine Stimme gehabt. Redner spricht sich gegen die Beteiligung an der Regierung aus und schließt sich dem Antrag des Gen. Paul Böttcher an.

Genosse Paul Böttcher-Leipzig schließt sich den Ausführungen der Genossen Kurenbura an. Ratsky betreibe das Rätesystem als Notlösung. Dem könne er sich nicht anschließen. Er stehe im Mittelpunkt die höhere Form des Klassenkampfes, weil in ihm das gesamte Proletariat organisiert sei. Redner weist auf die kulturelle Bedeutung des Rätesystems hin. Die einzelnen kraftvollen Erscheinungen erklären sich aus seiner jungen Form. Unsere Aufgabe als Führer ist, daß diese Form mehr geläutert wird. Besonders die Parlamentarier seien Skeptiker des Rätesystems. Wenn das Rätesystem Zukunftform sei, müsse man auch den Mut haben, für dasselbe einzutreten. Deshalb brauche man grundsätzliche Beschlüsse, die zur Klärung der Massen beitragen.

Genosse Liebmann-Leipzig: Die Auseinandersetzung sei nötig geworden. Er hält die Verhandlung zwecks Regierungsbildung nur für ein taktische Frage. Redner vertritt die Auffassung, daß die Fraktion das Werk der Partei sei und letzten Endes ja doch diese zu entscheiden hätte. Heute zu sagen, wir lehnen es grundsätzlich ab, mit der U. S. P. zusammenzuarbeiten, sei verkehrt, denn man könne kommende Situationen nicht voraussehen.

Genosse Verghely-Leipzig fordert eine klare Stellung zum Rätesystem, da wir sonst wieder genau so unvorberichtet zur Macht kommen, wie am 9. November. Die historische Linie dürfe man nicht verlassen. Das Rätesystem dürfe man nicht über-, aber auch nicht unterkürzen. Schließlich fordert Redner noch Klarheit in der Parteiorganisation. Die Klarheit über den Parlamentarismus bringe der Antrag Böttcher.

Genosse Lipinski führt in seinem Schlußwort aus: Der Kernpunkt der Debatte seien zwei Punkte: die Erringung der politischen Macht und die Beseitigung des Kapitalismus. Letzteres könne nur durch die Diktatur des Proletariats erreicht werden. Es kommt darauf an, festzustellen, inwieweit die Rechtssozialisten noch auf sozialistischen Standpunkt stehen. Eine Neuwahl in Sachsen wird eine Mehrheit für die Sozialisten ergeben. Wenn die U. S. P. bei dieser Neuwahl die Stärke der U. S. P. hat, soll auch dann eine gemeinsame Regierungsbildung abgelehnt werden? Man könne sich deshalb heute nicht grundsätzlich entscheiden. Es komme nur auf ein sozialistisches Handeln an. Unter der Fraktion der Rechtssozialisten steht die Arbeiterchaft der alten Partei. Bei einer solchen Situation jede Vereinbarung zwecks Regierungsbildung abzulehnen, geht nicht, wenn wir nicht in der Lage sind, das Rätesystem durchzuführen. Ob der Belagerungsstand gekommen wäre, wenn wir in der Regierung geblieben wären, beweise er. Mit den Kommunisten habe man im November kräftige Erfahrungen gemacht. Zweck hätten sie in einem Bündnis mit den Rechtssozialisten geraten, dann später selbst nicht mitgemacht. Die Frage der Beteiligung ist nicht eine Frage von Prinzip, sondern der Taktik. Ist der Einfluß im Parlament so groß, daß er bestimmend wirkt, dann müsse man sich auch an der Regierung beteiligen. Zum Antrag des Landesvorstands führt Redner aus, man müsse für den Augenblick, nicht für die Zukunft Stellung nehmen. Er bittet, die Entschickung des Landesvorstands anzunehmen.

Genosse Seger-Leipzig: Gen. Geyer hat gesagt, U. S. P. D. ist eine bürgerliche Partei. Das ist eine Auffassung, ob sie richtig ist, ist eine andre Frage. Aber sie hat Arbeitermassen, die wir brauchen, um die politische Macht zu erreichen. Wir müssen uns mit den Taktischen beschäftigen. Es schmerze ihn nicht, daß er als Gegner des Rätesystems vorgelassen worden sei, es gehöre aber ein starkes Stück dazu, ihn als Gegner des Rätesystems zu bezeichnen. Redner glaubt, wenn die Genossen keine Änderungen sehen werden, werden sie eine andre Auffassung bekommen. Seine Gegner verwechseln die Landesversammlung mit einer Volksversammlung; hier handle es sich nicht darum, eine Masse für das Rätesystem zu begeistern, sondern die Frage sachlich zu untersuchen. Auch in seiner Widerlegung habe Gen. Geyer keine sachlichen Argumente gefunden. Er selbst dagegen habe seine Ausführungen an Hand der Praxis gemacht. Wenn Gen. Geyer behauptet, seine Ausführungen seien aus einer Abstimmung gegen das Rätesystem hervorgegangen, so sei das eine Polemik, die nicht in eine Landesversammlung gehöre. In seinen weiteren Ausführungen warte Gen. Seger vor einer Vereinigung mit den Kommunisten; ebenso wie nach rechts, muß auch nach links ein Strich gezogen werden, damit die Konfusion aufhöre. — Gen. Paul Böttcher habe eine soziologische Darstellung des Rätesystems erwartet. Das sei nicht seine Aufgabe gewesen. In einem einleitenden Referat könne man das Thema nicht erschöpfen. Die Partei habe im März Klipp und klar ihre Stellung zum Rätesystem festgelegt. Redner schließt mit der Aufforderung, mit der Konfusion, die mit dem Rätegedanken getrieben werde, endlich ein Ende zu machen.

Nach einer kurzen Debatte über einige Änderungen in der Entschickung des Landesvorstands kommt es zur namentlichen Abstimmung über den Antrag Paul Böttcher. Der Antrag lautet:

Die außerordentliche Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens erklärt sich grundsätzlich gegen eine gemeinsame Regierungsbildung der U. S. P. und der U. S. P. in Sachsen. Das Verhalten der Rechtssozialisten in der Landesarbeiterchaft am Freitag, dem 8. August, die Verschlingung des verfallenen Belagerungsstands über Chemnitz und das dort durch Regierungstruppen unter der kommandierenden Arbeiterchaft anerkannte Aufheben haben erneut klar bewiesen, daß die Rechtssozialisten den Boden des Klassenkampfes verlassen haben und, so das Lager der kapitalistisch-militärischen Gegenrevolution überlassen sind. Sie fordert die Arbeiterchaft Sachsens auf, mit allen revolutionären Mitteln den Kampf für den Sozialismus zu führen. Unter diesen Mitteln steht in vorderster Linie der Kampf um die Rätebildung, wie ihn das Aktionsprogramm der U. S. P. D. vortritt.

Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 37 gegen 20 Stimmen abgelehnt und dafür die nachstehende Entschickung des Landesvorstands mit 39 gegen 18 Stimmen angenommen:

Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die privatkapitalistische Warenproduktion und die Ausbeutung der Arbeiterkraft zu beseitigen und die Vergesellschaftung der Warenproduktion und des Warenaustausches herbeizuführen.

Diese gesellschaftliche Umwandlung kann aber nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Deshalb ist der Zusammenschluß aller klassenbewußten Arbeiter zu einheitlichem sozialistischen Handeln notwendig.

Die Rechtssozialisten haben die Einheitsfront des Proletariats gelupen. Sie haben durch ihre nationalistische Kriegspolitik die Interessen des Kapitals gefördert und die sozialistische Arbeiterorganisation gespalten, durch ihr Verhalten zur bürgerlichen Demokratie die Arbeiter verwirrt, durch das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien und die Niederlegung politischer Kämpfe der Arbeiter durch die Mostergruppen die kapitalistische Herrschaft befestigt und die Freiheit geistiger Entwicklung gehemmt.

So dringend notwendig die Einheitsfront der Arbeiterklasse ist, so ist doch ein Zusammenarbeiten mit den Rechtssozialisten ausgeschlossen, solange sie ihre Gewaltpolitik gegen die Arbeiterklasse fortsetzen und sich nicht vorbehaltlos zur Durchführung des Sozialismus bekennen.

Von dieser Voraussetzung ausgehend, hält die Landesversammlung der U. S. P. eine Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten in Sachsen solange für ausgeschlossen, bis der Belagerungsstand mit seinen Folgen aufgehoben wird und die nachstehenden Forderungen der Landesversammlung der U. S. P. restlos von den Rechtssozialisten anerkannt werden.

Die endgültige Entscheidung über den Eintritt in die Regierung trifft in allen Fällen die Landesversammlung.

Bedingungen:

- 1. Beseitigung des Belagerungszustands und des Standrechts.
2. Entlassung der in Haft befindlichen Personen.
3. Amnestie für die wegen politischer Verbrechen Verurteilten und Anhafteten.
4. Parität der beiden Gruppen in der Besetzung der Ministerstellen.
5. Keine Vertreter bürgerlicher Parteien in Ministerien.
6. Entsendung aller Reichstruppen aus Sachsen, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewussten Arbeiterschaft.
7. Gesetzliche Regelung der Funktionen der Arbeiterräte als Organ der Selbstverwaltung der Gemeinden und der Betriebe als Hilfsmittel der Verflechtung der Produktion und des Warenverkehrs.
8. Planmäßige Verflechtung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen.
9. Überführung der wichtigsten Produktionsmittel und Betriebe der Industrie, Land- und Forstwirtschaft, des Handels und Verkehrs in Staatsbesitz.

Beschlussfassung über ein Gemeindeprogramm

Genosse Schulze-Dresden geht in seinem Referat über den Inhalt des Beschlusses ein. Er weist auf die Notwendigkeit einer Revision unseres Programms hin. Die am 23. Februar eingesehene Kommission sei sehr spät an die Arbeit gegangen und habe die Richtlinien des Genossen Wurm zugrunde gelegt. Die sachlichen Forderungen bilden einen bestimmten Abschnitt. Die grundsätzliche Forderung sei das Rätekystem, dabei weist er auf den vorhergehenden Tagespunkt hin. Obwohl diese Forderung in der Reichsgesetzgebung festgelegt werden müsse, sei es nötig, auch in der Landesversammlung dazu Stellung zu nehmen. Die Gemeindegesetzgebung bildet in der Geschichte Sachsens eine wahre Leidensgeschichte. Der Liberalismus hatte die Erbschaft des alten Staates angetreten unter dem die Gemeinden verfallener waren. Der Gedanke, die Gemeinden als Genossenschaften aufzufassen, wurde unterdrückt. Erst mit dem Aufsteigen der Arbeiterbewegung ist es besser geworden. Die sozialdemokratische Partei war die erste, die auf diesem Gebiet mit einem sozialistischen Programm auftrat. Diese Entwicklung war durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland gegeben; denn bei uns war eine Entwicklung zum Großkapital, wie in keinem andern Land in Osteuropa. Überhand in Hand ging das Fortschreiten der Arbeiterbewegung. Aber bis zum Ausbruch der Revolution sei immer wieder verhindert worden, den Einfluss der Arbeitermassen zu unterdrücken. Nebenher geht er auf die wirtschaftlichen Aufgaben des Programms ein und behandelt die Versorgung der Gemeinden mit Wasser, Gas, Elektrizität, Brennmaterial; das Verkehrswesen (Personen- und Frachtbeförderung durch Fuhrwerke, Straßenbahnen, Kleinbahnen), und zwar sowohl innerhalb des Gemeindebezirks als auch in seiner näheren Umgebung; die Erzeugung, Beschaffung, Lagerung, Verarbeitung und den Vertrieb von Nahrungsmitteln und Genussmitteln durch Märkte und Markthallen, gemeindliche Milchverarbeitung, Bäckereien, Versorgung mit Fleisch, Fisch- und Schlachthöfen, Schlächtereien, Brauereien, Speisehäuser; die Herstellung von Gegenständen des Bedarfs der Gemeindeverwaltungen; das Drucker-, Anker- und Anschlagewerk; Arbeitsnachweis; Geldverkehr durch Gemeindeparkassen; Feuerversicherung; Apotheken; und das Postwesen. Die Durchführung dieser Aufgaben sei Aufgabe der Gemeinden eine dankbare und bräute auch große Einnahmen. In Dresden schon vor dem Krieg die Einnahmen durch Elektrizität- und Gaswerke usw. 50 Prozent der Ausgaben. Diese Entwicklung erstreckte sich auch auf die mittleren Gemeinden. Eine Reihe von Einzeldarstellungen gebe ein Bild davon. So sei aus dem Adreßbuch für Städteverwaltung von Dr. Paul Mombert zu ersehen, daß in Sachsen im ganzen 1828 Gemeinden Elektrizität- und Gaswerke haben, nur 404 Gemeinden haben noch Privatbetrieb auf diesem Gebiet. Die Einnahmen aus den Gemeindebetrieben betragen 51,8 Prozent. Gerade deshalb müssen wir auf unsere Forderungen bestehen. Die kleinen Gemeinden werden hier immer hinteransehen. Für sie ist das Mittel des Verbands notwendig. Nebenher weist bei dieser Gelegenheit auf Verbände in Groß- und Berlin hin, die einen Ausgleich der Steuern zwischen Arbeiter- und Kapitalisten-Gemeinden zu schaffen suchen. Beim Zusammenschluß handelt es sich für die kleinen Gemeinden nicht um Ausbeute von Steuern, sondern darum, daß sie auch in den Genuss von Elektrizität und Gas gelangen. Die kleinen Werke werden dann verschwinden, da nur die großen Betriebe Überflüssiges abgeben. Bei Beschlußfassung sollen die Gemeindevorstände nicht vom Standpunkt der Mittel ausgehen. Nebenher geht dann auf die Schulfrage ein, wo es seiner Meinung nach vor allen Dingen auf das Weimarer Gesetz ankomme. Die Paritätfrage sei schon verhandelt. Das Tempo der Sozialisierung in den Gemeinden hängt davon ab, inwieweit es uns gelingt, die

Arbeiterklasse auf unser Programm zu bringen. Wir müssen den Einfluss der Arbeiterklasse in den Gemeinden steigern, indem wir unsere Organisation ausbauen. Nebenher empfiehlt die Literatur auf diesem Gebiet zu benutzen. Er schließt mit der Forderung, auf die Arbeiterklasse einzuwirken, damit sie vorliegenden Entwurf verwirklicht.

Genosse Pippin ist erwidert, daß ein neuer Entwurf gegenwärtig beim Ministerium in Beratung sei.

Genosse Seger macht den Vorschlag, über das Programm überhaupt keinen Beschluss zu fassen, da die Dinge jetzt zu sehr im Fluss seien. So sei eine Reichseinkommensteuer geplant, die bei ihrer Verwirklichung die Selbstverwaltung der Gemeinden beseitigen würde. Von dieser Reichseinkommensteuer soll das Reich 75 Proz., die Gemeinde 5, der Bundesstaat 20 Proz. erhalten. Wenn aber den Gemeinden das Steuergebiet verengt wird, dann werden sie bankrott. Alle wirtschaftlichen Unternehmungen, die einen Ueberflüssigen abwerfen, werden jetzt vom Staate monopolisiert; so nimmt der Staat die Großbetriebe, die manchen Städten Millionen gebracht, in Anspruch. Dadurch wird die Gemeindepolitik hinter die Stein-Parzenbergische Zeit zurückgeworfen, wenn das Reich so vorgeht. - Bis her hatten wir in Deutschland durch die Entwicklung der Großstädte verschiedene Kulturzentren. Nun würde bei Verwirklichung dieser Maßnahmen eine Rückwärtsentwicklung eintreten. Von oben herunter dürfen keine Eingriffe kommen. Nebenher fordert eine Zentralfstelle für Kommunalverwaltungsfragen und ein Nachrichtenblatt. Die Kommunalisierung müsse in anderer Weise als bisher betrieben werden; denn die Gemeinden seien der Stützpunkt für die Sozialisierung.

Genossin Ziegler, Berlin fordert die Erweiterung der Schulpflicht bis zum 16. Jahre, für Fortbildungsschüler bis zum 18. Lebensjahre.

Genosse Schulze (Schlußwort) empfiehlt trotz der Ausführungen des Genossen Seger Beschlußfassung über das Gemeindeprogramm, da man später im Falle der Verwirklichung der Reichseinkommensteuer von neuem Stellung nehmen könne.

Die Beschlußfassung wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Antrag Seger zwecks Errichtung einer Zentralfstelle und eines Nachrichtenblattes für Kommunalpolitik soll der Zentralfleitung überliefert werden.

Es kommt nunmehr Punkt 5 der Tagesordnung:

Anträge

zur Verhandlung.

Ueber den Antrag des Genossen Alfred Böttcher, Leipzig: Die Landesversammlung möge beschließen, daß ein Reichsparteitag der U. S. P. einberufen werde, der Stellung nimmt zu dem Anschlag an die dritte Internationale in Moskau, entspinnt sich eine längere Debatte.

Genossin Ziegler, Berlin: Moskau habe es ja abgelehnt und einzuladen. Wer sie hoffe, daß die Entwicklung die Moskauer eines andern belehren wird. Wenn es uns gelingt, die Inkonsistenzen Gruppen anderer Länder zu uns herüberzuziehen, heißt Nebenher eine aktionsfähige Internationale zustandzubringen.

Genosse Dr. Seger bittet formell den Antrag Böttcher anzunehmen. Ein außerordentlicher Parteitag müsse einberufen werden, um die Frage der Internationale zu klären.

Genosse Seger: Es handelt sich um Antrag Böttcher nicht um Stellung zu nehmen zur Internationale, sondern es heiße „zu dem Anschlag an die 3. Internationale“, die im Grunde gar keine ist. Es ist eine die Arbeiter verwirrende Theorie, wenn man die Moskauer Internationale als wirkliche Internationale bezeichne. Genosse Haase habe in der Weimarer Fraktion mitgeteilt, daß der Moskauer Internationale das Parteiprogramm der U. S. P. übermittelt worden sei, aber es sei bisher keine Antwort eingelaufen. Selbstverständlich ist, daß wir mit der zweiten Internationale nicht zusammengehen, solange die U. S. P. daran beteiligt ist. Auch er halte einen Parteitag für nötig. Es handle sich jetzt nicht darum, Programme aufzustellen, auf revolutionäres Handeln komme es an. Er bittet den Antrag Böttcher, der eine Parityroute nach Moskau sein soll, abzulehnen.

Genossin Ziegler, Berlin: Nachdem die Moskauer Internationale den Kampf gegen die U. S. P. propagiere, können wir uns nicht bemühen, Anschlag an diese zu finden; denn wir müßten das kommunistische Programm vorher restlos schließen. Wollen sich aber die Moskauer und anschließen, dann sind sie uns willkommen; Man dürfe sich jetzt festlegen, sondern müsse die Hände frei lassen.

Genosse Risch, Dresden: Der Parteitag soll nur Frage der Internationale Stellung nehmen, aber nicht speziell zum Anschlag an Moskau. Man müsse die Augen auf den Westen und Osten richten.

Genosse Haase, Leipzig spricht für Annahme des Antrags. Die Schweizer hätten sich in der großen Mehrheit der 3. Internationale schon angeschlossen. Auch Italien habe den Beschluss gefasst, sich nicht der 2., sondern der 3. Internationale anzuschließen. Auch für uns sei die Sache spruchreif; deshalb empfiehlt er, den Antrag des Genossen Böttcher anzunehmen.

Es sind zwei Änderungsanträge eingebracht. Beide Anträge werden angenommen. Der abgeordnete Antrag Böttcher: Die Landesversammlung möge beschließen, daß ein Reichsparteitag der U. S. P. einberufen werde, um Stellung zu nehmen zur Frage des internationalen Zusammenschlusses, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Antrag Groß-Dresden: Der Landesvorstand wird beauftragt, ein Flugblatt herauszugeben, das sich aufklärend an die heimkehrenden Kriegsgefangenen wendet, soll der Anteilnahme überwiegen werden.

Damit sind die Anträge erledigt. Nachdem der Bezirksvorstand Leipzig für die Geschäfte des Landesvorstands einstimmig wiedergewählt worden ist, schließt Genosse Pippin die Landeskonferenz mit der Bitte, die Delegierten möchten für die Verwirklichung der Beschlüsse im Lande eintreten.

Die Konferenz wurde mit einem Hoch auf den revolutionären Sozialismus abends 10 1/2 Uhr geschlossen.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Hofhausen. Gemeinderatsbericht. Die Sitzung des Gemeinderats konnten bis jetzt noch nicht öffentlich stattfinden, da die Geschäftsordnung noch nicht genehmigt wurde. Gegen den Paragraph 2 der Geschäftsordnung, der besagt, daß der Gemeindevorstand Vorsitzender ist, als Leiter der Sitzungen jedoch ein Gemeindevorsteher fungiert, hat die Amtshauptmannschaft Bedenken erhoben. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, es bei dem eingeführten Modus zu belassen und die Ämterstelle Beschränkung davon zu unterrichten. Wegen zwei Stimmen wurde die Fassung in der Geschäftsordnung dahin geändert, daß bei Stimmengleichheit die Stimme des Gemeindevorstandes entscheidet, da dies in der jetzt noch gültigen Landgemeindevorordnung festgelegt ist. - Die Neuwahl der Gemeindevorstände soll vor Januar 1920 vorgenommen werden. Ein dementsprechender Nachtrag zum Ortsgesetz wurde angenommen. - Beschlossen wurde ferner, daß für die Erwerbslosen die Gemeinde die Beiträge an die Krankenkasse übernimmt. Es hat somit jeder Erwerbslose seine freiwillige Mitgliedschaft zur Krankenkasse bei Eintritt der Erwerbslosigkeit zu bewirken. - Für die freiwillige Feuerweh, die auf wiederholtes Drängen der Amtshauptmannschaft nun doch gebildet werden soll, sind verschiedene Ausstattungsgegenstände beim Leipziger Markt erhältlich. Der Ankauf der benötigten Sachen wird beschloffen. - Bei der am Sonntag, dem 3. August, stattgefundenen Obstverpachtung wurde für die drei der We einbegehrenden Acker, meist Haumen, ein Betrag von 1740 Mk. erzielt. Das Obst soll nur an hiesige Einwohner zu dem festgesetzten Höchstpreis abgegeben werden. - Neben Holz und Torf will die Gemeinde noch einige Wagners Steine einschlamm als Baumaterial anschaffen. Regierer soll eine ausgeglichene Deliktliste besitzen, d. h. in getrocknetem Zustande. - Zum Schluß fand noch eine eingehende Debatte über die hiesigen Ernährungsverhältnisse statt. Von unserem Genossen Schürz wurde die jetzige Versorgung mit Lebensmitteln als höchst unzureichend bezeichnet. Eine vollständige Erfassung sämtlicher Lebensmittel sei notwendig, denn jemals. Genosse Weigert appelliert an die anwesenden Gutbesitzer, in ihren Kreisen dahin zu wirken, ihren Anteil in Bezug auf Ablieferung und Versorgung der hiesigen Einwohner mit billigen Lebensmitteln voll und ganz mitzutragen. Nur dann könne eine Gesundung der mitleidigen Lage eintreten. Herr Lange richtete ebenfalls das Ersuchen an die Gutbesitzer Herren Völer und Glöser, in den Kreisen der übrigen Gutbesitzer nach dieser Richtung hin zu wirken.

Faunsdorf. Lichtbildervortrag. Am 7. August verankaltete der Ortsverein Faunsdorf einen Lichtbildervortrag, der recht gut besucht war. Das Thema lautete: Die französische Revolution. Der Redner, Genosse B. Gotschall, Leipzig, verstand es meisterhaft, die Zuhörer zu fesseln. In der Hand von guten Bildern beleuchtete er die Verwickelungen der französischen Revolution und das ungerechte Steuerwesen. Auch die deutsche Revolution brachte der Redner in recht anschaulicher Weise zur Darstellung, so daß er am Schluß seines Vortrages stürmischen Beifall erntete.

Sommerfeld. Öffentliche Gemeinderatssitzung. Laut Verfügung der Amtshauptmannschaft ist die Leichenfrau ihres Amtes enthoben worden. Ein zweiter Schutzmann ist angestellt und tritt seinen Dienst am 1. September an. Dann lag wieder ein Bescheid von der Amtshauptmannschaft vor, die Kirchenanlagen zu erheben. Dies wird abermals abgelehnt. Beschlossen wird der 10-Uhr-Ladenstluß zum nächsten Punkt. Eintragung eines Flurschusses und Versicherung desselben, wird mitgeteilt, daß es nichts mehr einzurichten gibt, sondern nur noch zu verzeichnen. Ganz im stillen war schon eine Einwohnerwehr aus sogenannten Regierungs-treuen gebildet worden, welche zurzeit den Flurschuss ausübt. Da es sich nun tatsächlich um eine Einwohnerwehr handelt, stimmten die Unabhängigen dagegen. Eine Erhöhung der Gehälter unserer Gemeindevorstände wird genehmigt. Mehrere Sachen mühten verlagert werden. In einer anschließenden nichtöffentlichen Sitzung werden die Verdienste des Gemeindevorstandes anerkannt und sein Gehalt um 400 Mk. erhöht. Gleichzeitig erfolgte seine Wiederwahl vom 1. April 1922 bis 31. März 1923.

Der mit Spannung aus Schweden erwartete Sensationsfilm Panopta oder: In den Krallen des Frauenräubers ist eingetroffen und wird ab heute Dienstag in Erstausführung nur in den Lichtspielen-Alberthalle im Krystallpalast gezeigt. Panopta hat 4 Abteilungen, je 3 Akte. Ist der stärkste und beste Sensations-Deaktiv-Film der Gegenwart. Übertrifft den Hund von Beskorville bei weitem. Versäumen Sie nicht, sich den I. Teil anzusehen. Der II. Teil, welcher in Wildwest spielt, folgt in Kürze. Ausserdem das reichhaltige Beiprogramm. Anfang: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.

Warnung! Alle künstliche und zerbrochene Zähne sowie ganze Gebisse nicht wegwerfen! Nur Mittwoch, den 13., u. Donnerstag, den 14. August, bleibe hier und zahle pro Zahn bis 3.50 Mk. Gebiss bis 250 Mk. Für Platin u. Brennstifte zahle den heutigen hohen Tagespreis. Einkauf findet statt in Leipzig in Loba's Hotel, Richard-Wagner-Str. 2 am Hauptbahnhof, Zimmer 6, I. Stock von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

In 1 Stunde jede Läuse-Plage samt Brut (Nissen), auch Flöhe, bei Menschen u. jedem Tier, vernichten Sie unter Garantie durch einmalige Waschung mit meinem berühmten Mittel „Eukolda“. Für Wunden unschädlich. Flöde für 3 Köpfe ausreichend (5 Mk.). Verlangen Sie „Eukolda“ bei der Deutschen Ungeziefer-Vertilgungs-Anstalt, Kellerei Leipzig, Schietzei Str. 13, u. Udenau, Josephstr. 7. Vertr.: J. Wickenhöfer, Udenau, Josephstr. 7. (Ausschneiden.) Leipziger Bücher-Ramsch-Halle Burgstr. 22/24, gegenüb. d. Thüringer Hof. Wissenschaftliche, Unterhaltungs- u. Jugendschriften. Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang. Ankauf von Büchern ausser Zeitschriften und Schulbüchern.

Schäumende Waschpaste Schaum-Radda vom R. A. unt. Nr. 3493 genehmigt, D. R. P. angemeld. Detailverkaufspreis pro Pfund Mk. 1.45 Das beste u. billigste für die Wäsche Unschädlich - Konkurrenzlos Vertreter Ernst Laue, Hospitalstraße 13, Fernspr. 7860

Johann Gottfried Seume Ein literarisches Porträt ausgewählte Werke Seumes herausgegeben u. eingeleitet von Wilhelm Hausensteln Preis geb. 5.00, brosch. 4.00 Leipzig Buchhandlung Leipzig, Landauer Str. 10/11 Postsohokkonto Nr. 53477. Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Sparkasse Borsdorf. Tägl. Verzinsung 3 1/2 %/oo. Telefon Nr. 19. Geschäftst. im Gemeindegast in der Schule. Geschäftst. wochentags 8-2 Uhr. Postcheckkonto: 3323.

Kleine Suferate können auf Postanweisungen geschickt werden. Das Porto beträgt für Postanweisungen bis 5 Mk. 15 Pf.

Rebellen.

Von Eugen Dichtrow.

Einzig autorisierte Uebersetzung von H. Stein.

Nachdruck verboten.

Die ganze Nacht jagte der Wind die finsternen Wolken nach Osten, und am Morgen waren schon blaue Flecken des Himmels sichtbar.

Die Bauern blähten zum Berge empor und sahen, daß dort etwas Ungewöhnliches vorging: Meiler und Fußhänger in wunderlichen, zottigen Mützen schaukelten auf der kleinen Wadwiese hin und her.

Ist da etwas nicht in Ordnung? Sieh doch: sind das nicht Rosaten, diese Menschen dort?

Die Dorflieder waten durch das Hülfschen, leiteten den Pfad hang hinauf und besahen sich aus einiger Entfernung voll Furcht und Staunen die wunderlichen Fremdlinge: die einen blieben in zeitweiliger Entfernung zurück, während die mutigeren sich nach und nach den Wachposten näherten und wie Vögel auf dem gelben Gras hockten.

Mutter! ... Sie fangen unsere Gänse!

In der Tat, am Hülfschen sprang ein Meiler über die Wiese, und hieß, sich vom Sattel beugend, auf die auseinanderlaufenden, unruhig schnatternden Gänse und Gänckchen ein, die wie weiße Flecken auf der Wiese schimmerten.

Was tut ihr, ihr Mäuer? ... schrien sie mit ihren dünnen, hellen Stimmen und lockten die Gänse: "Te-gal te-gal te-gal!"

Grünja, ein mutiges, tolles Mädel, ließ sich zum Hülfschen und trieb ihre Herde nach Hause, während sie die Luft mit gelben, hysterischen Schimpfworten erfüllte. Der Mann auf dem Pferde ließ einen gelben Pfiff ertönen, beugte sich nach tiefer in den Sattel, legte wie ein Wirbelwind über die Wiese und verfolgte Grünja im Vorübergehen einen schallenden Schlag mit der Knute.

Unter am Berge wurde man unruhig: die Bauern drängten sich hier und da an den Straßen zusammen und berieten lärmend, was nun tun ...

Warum sperrt man denn auch unschuldige Leute in die Gutsknechte? ...

Die wollen doch alles nach dem Alten haben!

Den Volkst ist hätte man einsperren sollen, damit er keine Mäueren ausüben könnte ...

Und der Polizeikommissar hat die ganze Schuld auf uns gegeben.

Dol ihm der Teufel, den Volkst; es war nicht der Mühe wert, das Teil an seinem Schädel zu beschneiden ...

Alle Schweigen, den Blick zur Erde gesenkt ...

Und hätte man ihn, den Verdammten, nicht totgeschlagen, hätte er noch fünf von uns erschossen.

Alles ist es gab ja gar kein Gericht gegen ihn ... wie ein Jar gebrachte er sich: was ich will, das tue ich!

Sonst! Ist die Sache mal gesehen, da lohnt nicht, darüber zu reden! Einzel: wie er jetzt auf dem Herrenhofe liegt, wird er liegen bleiben und nicht aufstehen ...

Wir wissen nichts — und wissen nichts — mehr haben wir nicht zu sagen!

Der Mittagszeit kam der Landeshauptmann in einem Dreigespann mit Schellen und Glöckchen in Begleitung dreier Volkstisten angefahren und stieg im Herrenhause ab.

Er selbst ist gekommen ... der Landeshauptmann!

Wir wollten uns bei ihm beschweren ... müssen dem Polizeikommissar zuvorkommen, damit der Landeshauptmann ihm nicht Glauben schenkt, sondern die Sache, wie sie sich gebührt, untersucht!

Das Meier und Grünja! ... Meier erst und dann Meier! ... Ist es denn in Ordnung, wenn es nur irgendwie gemacht wird?

Die Weiber kamen zerbeugelt und bellagten sich heulend und weinend wegen der Gänse und verlangten Schutz für die Gänse. Grünja, das tolle Mädel, entblöhte ihr Bein, das von den Krutchen blutig war, schrie und lagte, ihren Wut in die Höhe hebend.

Schweig du jetzt! Wir haben jetzt wichtigeres vor ...

Man lärmte, kriehe und wählte schließlich zwei nächsterne, vernünftige Bauern — Peter Sporodnikow und Jawel Birjow, die dem Polizeikommissar „zuwinkten“ und „sich beschweren“ sollten ...

Was soll man mit ihnen reden? Seht, so muß man reden! — wiederholte er finster, die Hände ballend.

Peter und Jawel Frauen klagten schon über ihre Männer, wie über Verfordene, und auch die Deputierten selbst waren beklüfft.

Wir werden eins in die Presse kriegen, weiter nichts! — scherzte Jawel trübselig.

Was kann man euch tun? Ihr seid ja unschuldig! Auf dem Berge seid ihr ja doch nicht gewesen! — suchten ihre Mäuer sie zu beschwichtigen.

Alles ganz gut und schön ... aber ... wer kennt sie an? Die machen nicht viel Federlesens ... Sie haben ja keine Zeit! ...

Aus Saekels Leben.

Saekel gehört unbestritten zu einem der Großen der Menschheit, zu einem der wirklich Großen, nicht zu den „Großen“, die eine verrottete literarische Geschichtsschreibung zu solchen gemacht hat.

Staatsmänner, die jetzt noch in den Geschichtswerken einer byzantinischen Geschichts-„wissenschaft“ glänzen, vergessen sein werden, dann wird Saekels Name neben andern erst um so heller strahlen.

Daß muß gesagt werden trotz der Kunst, die die Arbeiterklasse politisch und zum Teil auch philosophisch von Ernst Saekel trennt; das muß gesagt werden gerade heute, da eine literarische Presse ihm vorwirft, daß seine Lehren in der deutschen Arbeiterklasse Selbstverwirrung angerichtet hätten, an deren Folgen jetzt unser ganzes Volk leiden müsse.

Er entging dem Dase, das ich nicht unter die Glückseligen geistig bedeutender Naturen im neunzehnten Jahrhundert rechnen kann: ein Berliner Kind zu werden.

„Schon in dem ganz kleinen Kinde irren“ — wie Bölsche weiter bemerkt — „gewisse Lebenszüge unerkennbar hervor. Einmal die Liebe zur Natur, zum Licht, zum Bunt, zum Schönen, zum Guten, Grün, Schmetterlingen, Sonne, Himmelblau.“

Ueber Saekels frühe Neigungen zu Jena, seiner späteren Wirkungsstätte, erzählt Bölsche dann weiter: „Schleiden lernte Botanik an der Universität Jena.“

Nach Brimann, geht er einmal zum vordahenden Besuch nach Jena hinüber. Alles sieht da so lieblich und verlockend aus. Zu sehr kommt er hin. Solche bläulichen Fußwanderungen sind immer sein Stolz gewesen.

Der Kämpfer Saekel tritt nun dann zuerst auf der Naturforscherversammlung von 1881 entgegen, wo er sich als erster Deutscher rühmte Darwin bekannt zu machen.

Und diese Dinge hat gleich jenem ersten Darwinbekenntnis in der Monographie der Radiolarien etwas Monumentales. Nachten ordne in derselben Zeit bei der Lektüre des Darwinischen Buches auf ähnliche Folgerungen geraten sein.

der eigentlichen Jahrhundertstelle, ein Trompetenkoch, der auf der Wende einer neuen Zeit Alarm blies, unentwegt, daß Freund und Feind es hören sollte.

Saekel geriet dann in scharfen Gegensatz zu den damaligen Korpskämpfern der Wissenschaft, zu Dubois Reymond und Virchow: Reymond, der sein Ignoramus et Ignorabimus sprach, wir wissen nicht und wir werden nicht wissen, und Virchow, der Treisinnmann, der die Wissenschaft der Kirche untergeordnet wissen wollte.

Stand Saekel so den politischen und ökonomischen Bestrebungen der Arbeiterklasse verständnislos gegenüber, so schradte er später auch vor den Konsequenzen zurück, die andere auf religiösen Gebieten aus seinen Fortschrittsresultaten zogen.

Und noch eins darf nicht unerwähnt bleiben. Auch Saekel hat wie so viele andere Gelehrte während des unglücklichen Weltkrieges gelautet, dem deutschen Volke einen Dienst zu erweisen, wenn er seine Feder gegen die Feinde in Bewegung setzte.

Kleine Chronik.

Mies Theater. (Kabale und Liebe; Selma.) Zwei Aufführungen, die gegensätzlichen Eindruck hinterlassen. Nicht daß Vergleiche angestellt werden sollten zwischen Schiller und Sudermann, — der Gegenlag lag in der Darstellung, die dem klassischen Drama nicht gerecht wurde.

Kam Schiller entscheiden zu kurz, so fuhr Sudermann um so besser. Hier zeigte sich vor allem Zilly Hesse wieder als hartes dramatisches Talent, das seine Aufgabe aus dem Innern bewältigt.

Das Bestien bringt in kurzen Monatsabschnitten das, was für den Obliegenheitsbesten wissenschaftlich ist. In knapper Fassung wird die Biologie, das Lebensbild der mannigfaltigsten Schöpfungen, behandelt, daran anschließend werden die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung besprochen.

Amfliche Bekanntmachungen.

5 Prozent des Wertes des Wiedererlangten als Belohnung!

In der Nacht zum 8. August d. J. wurden aus einer verlassenen Wohnung...

Es werden 5 Prozent des Wertes des Wiedererlangten als Belohnung ausgesetzt.

10 Prozent des Wertes des Wiedererlangten als Belohnung!

In der Nacht zum 8. August d. J. wurden mittels Einbruchs aus einem Herrenkleidergeschäft...

Als Belohnung werden 10 Prozent des Wertes des Wiedererlangten ausgesetzt.

Kartoffelausgabe.

In der Verforgungswocbe vom 12. bis 18. August 1919 werden auf die bereits angemeldeten Kartoffelmarken...

Verwendung von Weizenmehl bei der Bereifung von Weifsbrot.

Die Kreisbauhauptmannschaft hat die Erlaubnis zur Verwendung von ungemischtem Weizenmehl...

200 Mark Belohnung!

In der Zeit zwischen dem 8. d. M., abends 8 Uhr und dem 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, sind aus einem Autoschuppen...

200 M. Belohnung werden für Wiedererlangung des gestohlenen Gutes ausgesetzt.

Großschocher-Windorf. Beschlagnahme von Wohnungen.

- 1. Auf Grund der vom Ministerium des Innern mit Zustimmung des Reichsausschusses erteilten Ermächtigung... 2. Die Beschlagnahme betrifft alle Wohnungen...

Bewirtschaftung der Feldfruchte aus der Ernte 1919 im Bezirke Leipzig-Land.

Zu § 8 Ziffer 1 der Bekanntmachung vom 20. Juli 1919 wird auf Grund der Verordnung...

Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe dürfen vom 16. August 1919 an bis auf weiteres...

Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, deren Juristinnen gebildet sind...

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Bekanntmachung.

Der Schlichtungsausschuss Leipzig hat in den Sitzungen vom 22. und 23. Juli 1919 nachstehende Schlichtungsfälle gefüllt:

- 1. In der Sitzung vom 22. Juli 1919: Es wird festgestellt, daß die Firma Gustav Adolf Munkelt in Leipzig-Lindenau...

- 2. In der Sitzung vom 23. Juli 1919: Es wird festgestellt, daß die Firma Wahn'sche, Müller & Co. m. b. H. in Giera...

- 3. In der Angelegenheit der ehemaligen Beamtenauskletter Otto Schulze und Felix Hummel gegen das Postamt 13...

- 4. Es wird festgestellt, daß die Kündigung der ehemaligen Beamtenauskletter des Postamtes 18 Otto Schulze und Felix Hummel...

- 5. Aus einem Mietvertrage, der dem Gemeindevorstand nicht angezeigt ist...

- 6. Der vorzüglich dieser Anordnung zuwider eine ihm obliegende Anzeige nicht rechtzeitig erstatet...

- 7. Ueberholt der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für Wohnungen, Läden oder Werkstätten...

- 8. Ueberholt der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für Wohnungen, Läden oder Werkstätten...

- 9. Ueberholt der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für Wohnungen, Läden oder Werkstätten...

- 10. Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Großschocher-Windorf, den 8. August 1919. Der Gemeindevorstand.

Der Schlichtungsausschuss Leipzig.

Der Schlichtungsausschuss Leipzig.

Der Schlichtungsausschuss Leipzig.

Der Schlichtungsausschuss Leipzig.

Neu eröffnet! Servesta Dauerwäsche (kein Papier) Max Weil 15 Brühl 15

Warnung! Alte künstliche und zerbrochene Zähne sowie ganze Gebisse nicht wegwerfen! nur noch Mittwoch, den 13., und Donnerstag, den 14. August

Warum quälen Sie sich? mit Hühneraugen, Hornhaut und Warzen herum? Kukirol ist ein schnell und sicher wirkendes Mittel...

Geld gefunden! Alte und zerbrochene Zähne und Gebisse nicht wegwerfen, da dieselben zu noch nie dagewesenen Preisen angekauft werden.

Zigaretten! für Asthmaleidende, sowie gegen die verschieden. Krankheiten der Atmungsorgane.

Weißer Wand Hente bis Donnerstag: Nur für Erwachsene über 16 Jahre alt.

Die getupfte Krawatte Das spannendste Detektiv-Drama. 4 Akte.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. August.

Parteiangelegenheiten.

Leipzig-Üb. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Vertrauensmännertagung bei Kühn, Hildegardstraße 7.

Reisverein Wagnitz-Bindenauschleusig. Morgen, Mittwoch, den 13. August, abends 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft der Funktionäre im Restaurant Linden, Karl-Heine-Straße 70.

Wahren. Mittwoch, den 13. August, abends 7 1/2 Uhr, sehr wichtige Sitzung der Funktionäre, der Gemeinderatsfraktion und des Arbeiterrats.

Die kommunale Kleinkinderfürsorge.

Wie man den Ernährungszustand des Volkes während des Krieges allgemein viel günstiger pries, als er in Wirklichkeit war, so hat man besonders den Ernährungszustand der Kleinkinder während der ersten Kriegsjahre zu günstig beurteilt, auch in wohlwollenden ärztlichen Kreisen. Man begründete die Annahme mit der Tatsache, daß die Kleinkinder dieselbe Nahrungsmittelmenge erhielten wie die Erwachsenen. In Wirklichkeit genügte die Menge dennoch nicht, zumal sehr viele für praktisch gar nicht existierten, und so kam es, daß der Ernährungszustand im Laufe der letzten Jahre, vom Winter 1916/17 erheblich nachließ und daß auch die Sterblichkeit der Kleinkinder seit jener Zeit in vielen Städten bedeutend stieg.

Die gesundheitliche Schädigung der Kleinkinder ist um so bedauerlicher, als auch das Kleinkinderalter eine Altersstufe für den Beginn und die Ausbreitung der verschiedenen Krankheiten darstellt und als für die Kleinkinder dennoch leider in fast allen Städten eine systematische ärztliche Überwachung fehlt. Das Kleinkinderalter ist das Alter des Keuchstuhns und der Masern, die zugleich wieder den Boden für die Tuberkulose in hohem Maß bereiten, es ist das Alter der Berstpluppung, der beginnenden Augen- und Ohrenschäden, der nervösen Störungen usw. Besonders sind es die Infektionskrankheiten, die das Kleinkinderalter beherrschen, so wie die Ernährungsstörungen beim Säuglingsalter gefährlich sind, und während der schlechte Gesundheitszustand im Säuglingsalter seinen Ausdruck in der Sterblichkeit findet, so zeigt er sich im Kleinkinderalter in der Krankheitsziffer, und die Sterblichkeit an diesen Krankheiten ist um so größer, je jünger das Kind ist.

Sollten solche Tatsachen nicht zu einer systematischen ärztlichen Überwachung auch der Kleinkinder veranlassen? Zum mindesten zu einer Überwachung der Kinder, die in den Krippen und Kindergärten versammelt sind?

Man hat ja Versuche nach dieser Richtung schon in einigen Städten angestellt. Ein vollendeter Ausbau aber fehlt noch überall. Meist drängt die Schularztfrage die Kleinkinderfürsorge in den Hintergrund. Den größten Nachteil haben davon die proletarischen Kleinkinder. Nach einer Statistik von Berlin starben nämlich im Alter von 1-4 Jahren von 100 Lebendgeborenen:

Table with 3 columns: Social group, City, and Death rate. Rows include Reich, Wohlhabenden, Wohlger Wohlhabenden, and Armen.

Danach ist die Sterblichkeit der armen Kleinkinder 2-3 mal so groß wie die der reichen. Der Ausbau der kommunalen Kleinkinderfürsorge ist darum eine soziale Pflicht, und da die Kleinkinder der Krippen und Kindergärten meist den sozial niederen Schichten entstammen, so ist die Überwachung dieser Einrichtungen und ihr Ausbau eine wichtige soziale Aufgabe.

„Ein ernstes Wort zur Wohnungsnot.“

Unter dieser Überschrift nimmt die Deutsche Bauzeitung in ihrer Nr. 57 Stellung zu der Wohnungsnot. Sie stellt fest, daß die Verhältnisse täglich schlimmer werden und schließlich einer Katastrophe zureichen, wenn nicht mit aller Beschleunigung Maßnahmen getroffen werden, die weit ab von allen theoretischen Erwägungen, zu denen jetzt keine Zeit mehr ist, geeignet sind, das Uebel bei der Wurzel zu erfassen und eine wirksame Abhilfe zu schaffen.

So weit, so gut. Man brauchte diesem Artikel keine besondere Beachtung zu schenken, da über die Wohnungsnot oder die Wohnungsfrage überhaupt soviel geschrieben, geredet und verordnet wurde, daß das schwergeprüfte deutsche Volk auch diesen Artikel ertragen wird. Aber dennoch reizt dieser Artikel zu einer Besprechung. So heißt es in ihm:

„Was kann nun aber vernünftigerweise geschehen, um dem bestehenden Uebel abzuhelfen?“

Man räume mit den vielen unthunlichen Behörden auf, oder verweise sie aus Wohnungen in freistehende Läden oder Geschäftsräume; beschleichen mit den Räumen, die Spielplätze, der Volksgarten und ähnliche unthunliche Einrichtungen heute in Anspruch nehmen. Vor allem müßten die vielen Kriegesgesellschaften ihre Räume herausgeben.

Man zahle Bauzuschüsse, ohne dem Bauherrn Vorschriften wegen der Mietpreise zu machen.

Man gebe seitens der Gemeinden Daulustigen unter Umständen Uebererweiterungszuschüsse nicht in bar, sondern durch andre Vergünstigungen. Man erlaube das Bauen an unregulierten Straßen, verlange keine Anliegerbeiträge, gewähre Wasser, Gas, Elektrizität, Kanalisation usw. umsonst, mache die Planarbeiten, wenn es nötig ist, als Notstandsarbeiten und dergleichen.

Für Einzelbedellungen verzichte man auf alle erschwernenden Bedingungen und behandle die Anlieger so, wie man vor 50 Jahren auf dem Dorf das Bauen erlaubt hat, also nicht Ueberregulierung bezüglich des Bauplatzes und ähnlicher Fragen. In wieviel marktlichen Dörfern ist heute noch kein Pfister usw.

Den Mietern der Mietkasernen erleichtere man den vorübergehenden Aufenthalt in den Landkolonien. Wen schädigt es außer den Landkolonisten selbst, wenn eine ohne polizeiliche Erlaubnis angelegte Feuerstelle einmal einen Brand verursacht? Zur Errichtung solcher Lauben und ähnlicher Kleinbauten sollte überhaupt keine polizeiliche Erlaubnis notwendig sein.

Man treffe Maßnahmen, die dem Bauhandwerker wieder sofort Arbeit verschaffen, und ihre mit der Erwerbslosenunterstützung auf. Das hierfür verwendete Geld ist als Baugeld nutzlos viel besser verwendet und vor allem ist dann die Möglichkeit, Wohnungen zu schaffen, gegeben.

Diese Forderungen sind nichts weiter als die formulierte Auffassung des Bürgerturns über die Wohnungsnot. Das dem Bürgerturn „der Volksgarten und ähnliche unthunliche Einrichtungen“ verhaft sind, ist nicht weiter verwunderlich. Es ist dies die natürliche Reaktion auf die Bestrebungen, die den Interessen des Bürgerturns entgegenlaufen. Geradezu handbüchlein ist aber die Forderung, den Regierenden Bauzuschüsse zu zahlen, ohne ihnen Vorschriften

wegen der Mietpreise zu machen. Man vergegenwärtige sich, daß diese vom Reich, Staat und von der Gemeinde, also von der Allgemeinheit auszubringenden Bauzuschüsse heute fast drei Viertel der Bausumme betragen würden, soweit der Spekulant im günstigen Falle nur ein Viertel aufzubringen vermag. Diese Tatsache besagt nichts anderes, als daß die Grundlagen für den privaten Wohnungsbau — und auch den genossenschaftlichen — vollkommen zerstört sind und daß der Wohnungsbau aufgehört hat, Spekulationsobjekt zu sein. Sie besagt aber auch weiter, daß damit der Wohnungsbau zur kommunalen Aufgabe geworden ist.

Wohnungsverhältnisse, wie sie vor 50 Jahren und länger bestanden, aufzuheben zu lassen, sind mit Entschiedenheit zu bekämpfen. Man ist einigermassen froh, diese Verhältnisse überwunden zu sehen und nun sollen, weil es egoistisches Interesse erfordert, die wahren wohnungsökonomischen und wohnungshygienischen Erregenschaften ungenügend preisgegeben werden.

Unerhört ist daher auch die Forderung, den Mietern der Mietkasernen den vorübergehenden Aufenthalt in den Landkolonien zu empfehlen. Das sind die Notklagen, die die Bewohner der Villen und herrschaftlichen Wohnungen in Anbetracht des Wohnungsleides zu erteilen wissen. Demgegenüber muß gefordert werden, daß die größeren Villen und herrschaftlichen Wohnungen endlich zur Aufnahme von Familien bestimmt werden. Uebrigens ist diese Maßnahme den Gemeinden bereits 1917 und zwar durch Bundesratsverordnung zur Durchführung aufgegeben und auch schon angewendet worden. Werden so die wohnungslosen Familien untergebracht, dann wird man auch nicht zu gesundheitsschädlichen und windigen Ertrag- oder Behelfsbauten greifen müssen. Dafür soll man, soweit es Mittel und Material zulassen, solche, den neuzeitlichen technischen und hygienischen Anforderungen entsprechende Wohnungsbauten errichten. Daß sich das interessierte Bürgerturn mit Hartnäckigkeit der Erkenntnis verschließt, daß der private Wohnungsbau in dem Augenblicke seine Existenzberechtigung einbüßt, wo er ohne mehr oder minder erhebliche öffentliche Zuschüsse einfach festfällt, ist bedauerlich. Das darf aber nicht hindern, mit allem Nachdruck den Wohnungsbau als kommunale Aufgabe zu fordern. Erst dann wird man die Wohnungen herstellen können, die im Interesse des Allgemeinzustandes und der Volksgesundheit zu fordern sind.

Ratsbeschlüsse.

600 000 M. für Arbeitslose. Dem Beschluß der Stadtvorordneten, einen weiteren einmaligen Beitrag von 600 000 M. zur Unterstützung der Arbeitslosen zu bewilligen, wird zugestimmt.

Familienunterstützung an Sicherheitsmännern. Dem Beschluß der Stadtvorordneten, betr. die Gewährung von Familienunterstützung an Mannschaften der Sicherheitskompanien wird beigegeben.

Bebauungspläne. Gegen die Beschlüsse der Stadtvorordneten wegen der Bebauungspläne L.-Neu-, Südost und Süd-Nord (Nr. 48) des Bebauungsplans) beschließt man vorstellig zu werden.

Arbeiterturnhalle zum Aino.

Dieser schreibt uns Genosse Cyrus: Die Notiz in Nr. 175 der Leipziger Volkszeitung vom 8. d. J. ist sicher von einem Mißverständnis der Verhältnisse zwischen Baugenossenschaft Leipzig-Bindenaue und Freie Turnerschaft L.-West der Redaktion der Leipziger Volkszeitung zugeföhrt worden. Vorstandsmittglied des Turnvereins kann der Einsender nicht sein, sonst müßten Tatsachen geschrieben werden und kein Schwindel.

Tatsache ist (das gibt der Einsender auch zu), daß die Finanzlage der Baugenossenschaft L.-Bindenaue von jeher keine gute war. Er führt aber eine sehr wichtige Tatsache nicht an und zwar die, daß der Turnverein auf Grund seiner geringen Mitgliederzahl (400) nie in der Lage gewesen ist, die für die Turnhalle (welche zu bauen mit dem Platz 110 000 M. gekostet hat) die Zinsen auszubringen. Tatsache ist auch, daß schon vor dem Krieg alles mögliche von Seiten der Turn- und Baugenossenschaftsleitung versucht worden ist, um den jährlichen Mietzins für die Halle aufzubringen. Gelungen ist dies nie, das beweisen die Geschäftsbücher der Baugenossenschaft. Tatsache ist aber, daß sehr wenig Mitglieder des Turnvereins Mitglieder der Baugenossenschaft sind und daß sogar Vorstandsmittglieder des Turnvereins als Mitglieder der Baugenossenschaft 3 bzw. 5 M. auf ihren Anteil eingezahlt hatten und demzufolge 1912 bzw. 1913 aus der Baugenossenschaft ausgeschlossen werden mußten. Der Eintritt dieser Leute erfolgte bei Gründung der Genossenschaft im Jahre 1908.

Der Einsender hätte auch Zahlen anführen müssen, z. B. daß die Zinsschulden der Baugenossenschaft dadurch, daß während dem Krieg die Mieten für die Halle und das Kasino fast ganz ausblieben, bis 31. Dezember 1918 auf über 25 000 M. angelaufen waren und daß im letzten Halbjahr Januar-Juni 1919 dieses Konto sich auf über 25 000 M. erhöhte.

Der Einsender muß auch wissen, daß auf Grund des eben Angeführten die Genossenschaft in nächster Zeit unbedingt den Konturs anmelden mußte, wollte sich deren Verwaltung nicht unlautere Geschäftsführung zuschreiben lassen. Daß dann die Turnhalle für die Turnerschaft immer verloren gegangen wäre, steht wohl jeder ein. Weiter den Lebensweg der Baugenossenschaft zu schildern, halte ich für überflüssig.

Der Vorsitzende des Turnvereins hat in der Turner-Versammlung am 1. August auf keinen Fall einwandfrei seinen Mitgliedern über den finanziellen Stand der Genossenschaft berichtet, sonst könnte eine derartige Resolution nicht angenommen worden sein. Der Vorsitzende der Resolution hat bis jetzt durch seine Tätigkeit in der Baugenossenschaft als Mitglied derselben noch nicht den Beweis erbracht, irgendwie helfend gewirkt zu haben, gerade das Gegenteil ist der Fall. Der Vorsitzende des Turnvereins scheint sich auch gar nicht mehr auf seine Anwesenheit in einer gemeinsamen Sitzung des Turnvereins mit der Baugenossenschaft zu entlassen, die dasin gung, der Turnverein habe jetzt, da die Schulturnhallen den Arbeiterturnern nun zur Verfügung stehen, gar kein großes Interesse an der Erhaltung der Turnhalle.

Wie die Arbeiter des Westens, die Mitglieder der Baugenossenschaft sind und schon einmal die Hälfte ihres Anteils geopfert haben, um die Turnhalle der freien Turnerschaft zu erhalten denken würden, wenn sie beim Konturs ihren Restanteil verlieren und auch noch die Haftsumme opfern müßten, darüber macht sich der Vorstand des Turnvereins gar keine Sorgen.

Die Behauptung, der Vorstand der Baugenossenschaft hätte nur verschiedene Schritte, die aber fehlschlagen sind, unternommen, um die Turnhalle den Turnern zu erhalten, ist leere Phrasendrescherei. Im Gegenteil, es ist alles versucht worden, um dies zu ermöglichen. Auch dem Gewerkschaftsrat wurde die Frage vorgelegt, ob von Seiten der Gewerkschaften Mittel zu bekommen wären, die die Erhaltung der Turnhalle ermöglichen. Von dort wurde mir die Antwort zuteil, wenn die Garantie gegeben wäre, daß diese Gelder sicher stehen, sich diese oder jene Gewerkschaft dafür interessieren würde, sonst sei es ausgeschlossen. Die Gewerkschaften müßten jetzt ihre wertvollsten Mittel im Interesse der Arbeitslosen verwenden.

Also wenn etwas veröffentlicht wird, empfehle ich dem Einsender, sich an Tatsachen zu halten, die man auch verantworten kann.

A. Cyrus.

Vorsitzender der Baugenossenschaft Leipzig-Bindenaue e. B. m. b. H.

Der weitere Austrag der Debatte über diesen Gegenstand muß natürlich an anderer Stelle erfolgen.

Keine Jahressperrermäßigung für die Meschke. Das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat den Antrag des Reichstages abgelehnt. Für die direkte Fahrt nach Leipzig und zurück zum Besuch der Leipziger Herbstmesse wiederum den Jahrespreis auf

die Hälfte zu ermäßigen, soweit Entfernungen von mehr als 100 Kilometer in Frage kommen. Die Ermäßigung wird auch von den übrigen Eisenbahnverwaltungen nicht gewährt. Die Jahressperrermäßigung für den Besuch der Herbstmesse fällt also weg. Die Ablehnung erstreckt sich auch auf die drastische Minderberührung der Meschke. Auch diese wird von jetzt an nicht mehr gewährt werden.

Der Hotelwucher. Zu unserer Notiz wird uns noch mitgeteilt, daß zur Herbstmesse noch höhere Preise vom Hotel Dentschel verlangt werden. Ein Zimmer mit zwei Betten kostet 30 M. Frühstück wird extra berechnet.

Zuzuschüsse für künstliche Glieder. Man schreibt uns: Welchen geistigen Liefstand die Nachrichten-Laute von Petersteinweg bei ihnen Lesern voransetzt, beweist folgende Notiz in der Sonntagsnummer: „Mit welcher Rücksichtslosigkeit in Frankreich die Verkrüppelten behandelt werden, dürfte aus einer Meldung des „Petit Journal“ hervorgehen, nach welcher die Verkrüppelten für ihre künstlichen Glieder Zuzuschüsse zu zahlen haben.“ Abgesehen davon, daß doch jedes Kind weiß, daß heutzutage nie und in keinem Lande künstliche Glieder — auch vor dem Kriege nicht — zur „Luxus“-Steuer herangezogen werden können, ohne einen Sturm der Entrüstung zu erzeugen, wäre gerade Frankreich das letzte Land, einen solchen Versuch zu machen, da seine Fürsorge für die Kriegesverkrüppelten bekanntlich vorbildlich ist. Es steht denn auch im „Petit Journal“, das dem Schreiber dieses zugänglich ist, natürlich kein Wort davon, die ganze Notiz ist selbstverständlich aus den Fingern gesogen und nur gemacht, um unsere schlechtere Versorgung Kriegesverkrüppelten zu bewähren, da man ähnliche berechtigste Anschuldigungen deren Umwege wie in Dresden gar zu gern unwiederholt sehen möchte.

Wie notwendig die Kommunalisierung des Kraftwagenverkehrs ist — die Vorstände der Kraftwagenvereine Deutschlands haben sich dieser Tage gegen sie ausgelassen — beweisen nachstehende Angaben, die dem Leipziger Tageblatt gemeldet wurden: In allen Großstädten wird in neuester Zeit über einen ausfallenden Mangel an Kraftfahrzeugen im Verkehr geklagt; sie verschwinden immer mehr aus dem Verkehr, während private Kraftwagen in steigendem Umfang in Gebrauch sind. Man hat diese Erscheinung anfangs auf den Mangel an Gummiübersetzung und Benzol zurückgeführt. Tatsächlich aber hat die Sache einen andern Zusammenhang. Die Kraftfahrzeughändler erhalten für ihren Betrieb im allgemeinen monatlich 500 bis 600 Liter Benzol zum Preise von 12 Pf. für das Liter zugeeilt. Im Schleichhandel wird das Liter aber mit 5 bis 6 M. bezahlt. Die Besitzer der Kraftfahrzeughändler sollen nun, so wird von autoritativer Seite behauptet, das ihnen zugeeilt Benzol zu diesem Preise weiter verkaufen, wodurch ihnen eine Einnahme erwächst, die trotz der stark erhöhten Jahresspreise mit dem Kraftfahrzeugen nicht zu erzielen ist.

So sehr man, wie dringend erforderlich es ist, auch auf diesem Gebiete die private, kapitalistische Wirtschaft durch die soziale zu ersetzen. Es ist einzig und allein die Road auf Profit, der die ungeheuren Mißstände zu verdrängen sind, und die das Allgemeinwohl ungemein schädigt.

Die Kriegesbeschäftigung des Gewerbebetriebes in Leipzig macht wieder darauf aufmerksam, daß eine Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhherstellung noch nicht aufgehoben ist, nach der die abgetragene Schuhwaren, Knieboiler und gebrauchte Waren aus Leder nicht zur Veräußerung angeboten werden dürfen. Mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre wird bestraft, wer der Bekanntmachung ungewidmet. Danach dürfen Bekleidungsstücke über Ein- und Verkauf getragener Lederwaren und gebrauchter Lederwaren nicht ausgenommen werden. Deshalb können Anfertiger, Ein- und Verkauf getragener Lederwaren und Lederwaren betreffend, nicht mehr ausgenommen werden. Neue Schuhe usw. müssen ausdrücklich als solche bezeichnet werden. Leipziger Volkszeitung, Anfertigerabteilung.

Kohlen nur für die Reichen. Zu dieser Notiz wird uns von der beteiligten Kohlenfirma mitgeteilt, Goldhammer habe für die Firma Drese Briketts abgefahren, und diese nur nach den Vorschriften der Ortskohlenstelle Leipzig geliefert. Im Hause Hofer Straße 12 habe er vier Kunden, welche je 5 Zentner erhalten hätten, sowie in der Hofer Straße 28a einen Kunden, welcher auch 5 Zentner erhalten habe.

In den 18 städtischen Spielmannschaften belief sich in der Woche vom 28. Juli bis 2. August die Spielernachfrage auf rund 45 700 Wahlscheine gegenüber rund 55 700 in der Woche zuvor. Die 18 städtischen Spielmannschaften haben im Monat Juli im ganzen und 254 100 Wahlscheine verabreicht gegenüber 200 500 im Monat Juni.

Vorträge über den Seidenbau. Von Donnerstag ab finden im Terrarium des Zoologischen Gartens 8. Abteilung Seidenraupenaufzucht durch einen erfahrenen Züchter bestehende Vorträge und Kunstausstellungen über die Praxis des Seidenbaus statt. Interessenten werden gebeten, sich abends 6 Uhr dort einzufinden zu wollen.

Schlachthof. Mittwoch von 9 bis 12 Uhr Verkauf an jedermann Knochenbrüheextrakt, Fleischhälften, Brühwürfel, Fleischwurst und Gulasch.

Polizeinrichten.

Vorsicht ist die Mutter der Weisheit! Bei den jetzt so unsicheren Zeiten ist es notwendig, daß jeder Einzelne alles Mögliche tut, das Zeigte vor den Händen unehelicher Menschen zu sichern, noch dazu, wenn man eine so weite Reise, wie sie ein junger Barbiergeschle nach Ruzenburg vorhatte, unternommen will. Er wechselte alle seine zwar nicht allzu schwer, aber schnell erparnten Papierschätze in einen Tausendmarktschein und zwar in einen solchen um, wie sie jetzt so gerne im Anstange genommen werden, und ging zu einem Schuhmacher, um sich diesen Schein mit noch andern papierenen Wertpapieren zwischen seine Tischschloßeln nageln zu lassen. Er wickelte ihm sein säuberlich in Seidenpapier und setzte sich neben den Schuhmacher auf einen Schemel und verfolgte mit Argusaugen die Vernagelung seines Vermögens. Damit ja kein Fremder etwas Verdächtigtes vermuten könne, holte er noch von der Straße Schmutz und bestrich die hellen Stellen der Sohle damit und machte sich dann auf nach Ruzenburg. Dort angekommen, war sein erster Weg zu einem geeigneten Handwerker, der den Tausendmarktschein aus seiner Verborgenheit hervorholen sollte. Doch wer beschrieb seinen Schrecken?! — Obgleich der vorstehende Mann die Züffel Tag und Nacht stets an den Hüften gehabt hatte, war der Schein verschwunden, nur das Einschlagpapier fand sich vor! Als jetzt ist es der Kriminalpolizei trotz aller Mühe nicht gelungen, den Vorfall aufzuklären.

Beim Gondeln ertrunken. Am 6. d. M. ist ein Soldat, der dem Grenadierbataillon angehört, infolge Unfalles beim Gondelfahren in der Pleiße ertrunken.

Lebensmittellisten für Mittwoch, den 13. August.

Für Haushaltungen.

Anmeldung Fleisch abzugeben 3 1-10, Rinder 3 1-5. Ausgabe. K. Landtschick: Peter Zaag — bestellt mit Einfuhrzuzumarkte B 2 (125 Gramm, 65 Gramm).

Für Händler.

Kartoffeln: Beanschlagentnahme durch die Großhändler. Feigwaren, Kase foden, Müll n-f-licht, Suppen, Kartoffelmalmei und Kase n-f-licht: Warenablieferung an den D. w. Amthönig oder Rarmelade: Bezugstartentnahme.

Neues Theater. Heute ab 8 Uhr. Dienstag, den 20. August.

Alles Theater. Dienstag, den 12. August 1919. Was dem, der lügt. Aufspiel in 3 Akten von August Strindberg.

Leipziger Kammerspiele. Eröffnung Ende August. Leipzig 1919.

Balletttheater. Abends 7 1/2 Uhr. Verlängertes Gastspiel Paul Beokers.

Fliegentütenheirats Glück. Varieté-Burleske in 3 Akten. Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr.

Marie Baumbach. Täglich abends 7 1/2 Uhr. 10 Tanzsterne und der übrige erstklassige Varieté-Spielplan.

PARK MEUSDORF. Heute Dienstag 4-10 Uhr: Ein Künstlerseptett (Mossner). Morgen Mittwoch 4 Uhr: Letztes Ferien-Kinderfest.

Luna-Park am Auensee. Morgen Mittwoch: Zum Abschluss der Ferien Grosses Ferien-Kinderfest.

Die Linden. Täglich abends 8 Uhr: Der große Varieté-Erfolg mit Mr. Reuter.

Volkshaus. Morgen Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Café-Konzert. Donnerstag, abends von 7 Uhr an: Grosses Volks-Ball-Fest.

Schützenhaus. Eisenbahnstrasse 129. Morgen Mittwoch abends 7 1/2 Uhr: Gr. Elite-Ball.

Reichshallen. L.-Volk., Elisabethstr. 3-7. Heute Sonntag ab 4 Uhr: Grosser Elite-Ball.

Gesellschaftshaus L.-Schönefeld. Fernruf 14389. Morgen Mittwoch von 7 1/2 Uhr an: Grosser Mittwochs-Ball.

Charlottenhof. Telefon 33620. Morgen Mittwoch, 7 1/4 Uhr nachm.: Das schönste diesjährige Kinder-Fest.

Goldene Krone. Leipzig-Connewitz. Morgen Mittwoch, von 6 Uhr an: Elite-Ball.

Gasthof Zur Linde. Der beliebte Linden-Ball! Morgen Mittwoch von 6 Uhr an.

Vergnügung-Park Waldmeister. Böhlig-Ehrenberg. Große Sonder-Tanzveranstaltungen.

Restaurant Erholung. Alenizschocher. Freitag, den 15. und Sonnabend, den 16. August 1919: Großes Preis-Skaten.

Achtung! Wer will gut, billig und reich bedient werden? Gerbei sämtliche Getriebe, auch Ankauf.

Walzer Rheinländer und Kontor. Jeden Sonntag von 2-4 Uhr: G. Töpfer und Frau.

Neues Operellen-Theater. Dienstag, den 12. August 1919. Eine Walgernaht. Operette in 3 Akten von Hans Kolditz und Bruno Decker.

Leipziger Schauspielhaus. Dienstag, den 12. August 1919. Gastspiel Anton Bränd. Charley's Lantz.

Krystal-Palast Theater. Täglich abends 7 1/2 Uhr. Der hervorragende August-Varieté-Spielplan mit Paul Jülich.

Rätzsches Marionetten-Theater. Rest. „Bad Rohrteich“, Schönefeld. Mittwoch, den 13. August, abends 7 Uhr: Die Prinzessin und der Schweinehirt.

Brandenburger Hof. Täglich abends 7 1/2 Uhr: Großer Elite-Ball.

Tanzdiele. Alter Gasthof Wahren. Leipzig's grösste Sehenswürdigkeit. Morgen Mittwoch, den 13. August 1919: Eröffnung.

GOLDNER ADLER-LINDENAU. Morgen Mittwoch von 6 Uhr an: Mittwochs-Ball.

Alter Gasthof Mockau. Morgen Mittwoch, von 7 Uhr ab: Der beliebte feine Ball.

Kaplers Festfale, L.-Ost

Elisabethstraße 13
 !! Neu für Leipzig !!
 Morgen Mittwoch
 In den renovierten und glänzend ausgestatteten Räumen des Etablissements
Eröffnung
„Der guten Stube“
 Täglich Künstler-Konzert.
 Feine Aufmachung. — Unheimlich.
 Gemüthlich. — Kein Weinzwang.
 !! Neu für Leipzig !!



Elisabethstraße 13
Sonntags
Großer Elite-Ball.
 Verstarbtes
 Günther-Coblenz-Goldberg-Orchester
Montags
 Die beliebten
 Wiener Walzer- und Operetten-
Ball-Feste.
 Eintritt 55 Pfg.

Arbeiterführer als Verräter.

Dokumente aus der Kriegszeit.
 Aus den Akten
 der Kriegsausschüsse Leipziger
 Preis 25 Pfennig.
 Durch die Fiktionen und
 Ausdrücke der Volksehrung
 zu beleben.
 Leipziger Buchdruckerei A. G.
 Abt. Buchhandlung.

Fox-Trott

Beaflotte, Tango, Zwob-
 hepp, Dnehepp
 Lehren zu jeder Zeit
 G. Töpfer u. Frau
 Promanstraße 5, part., Ecke
 Götchenstr. nach Stephanienplatz.

Königs-Pavillon

Promenadenstraße 8 — (am Thomasing)
 Fernruf 19271

Nur noch 3 Tage

§ 175

Anders als die Anderen

Großer Aufklärungs- u.
 Kulturfilm in 6 Akten

Beginn der Vorführung:
 4, 5^{1/2}, 7^{1/2} und 9^{1/2} Uhr
 Jugendliche unter 16 Jahren haben
 keinen Zutritt.

Schlosskeller Lichtspiele

Bredner Str. 56
 Eingang Heinrichstr.
 Fernruf 15957.

Vom 12. bis 14. August 1919
Das Mitternachtsschiff.
 Abenteuer des berühmten Detektivs Stuart
 Webbs in 4 Abteilungen.

Rolf, das Pflänzchen, verhilft der
 Schwester zum Myrtenkränzchen
 Heiteres Lustspiel in 2 Abteilungen.
 Hauptrolle: Rolf Lindau-Schulz.

Kabarett-Kino
 Mittwoch, den 13. August 1919
 Großer Familien-Sonder-Abend.
 Einmal Gastspiel des berühmten Zauberkünstlers
Bernardo Bennini.

Licht-U.T. Spiele

Nur noch 3 Tage

Zwei grosse Schlager!

Erstaufführungen:
 Nur für Erwachsene!

Bruno Kastner
Die goldene Lüge
 Spannendes Schauspiel in 5 Akten v. George Kaiser.



Tel. 3187 Ausserdem Tel. 3187
 Durchgang Riebeckbräu J.M. KUNZEL
Ihr Junge
 Drama in 4 Akten mit
 Rosa Porten. Heim Nr. 19.
 Anfang 4 Uhr.

Im Herzen der Stadt

Kasino-Lichtspiele

Neumarkt — Fernruf 19950

Nur noch 3 Tage

Gleißende Liebeswagen

oder
Indische Nächte
 Liebestragödie in 5 Akten.

Ferner das wahre Lachsälven erzielende Schlager-
 Lustspiel mit

Carl Victor Plagge
 in
**Karlchen macht
 Seltensprünge**

Anfang: 4, 6^{1/2} und 8^{1/2} Uhr
 Jugendliche unter 16 Jahren haben
 keinen Zutritt.

Lichtspiele Zschocher

Telephon 40980 Inh.: M. Raschke
 Dieskaustrasse 79.

Ab Dienstag bis Donnerstag
 Nur 3 Tage

Der Hund von Baskerville. II. Teil.
 Grosses Sensations-Schauspiel in 4 Akten.
 In der Hauptrolle: Hanni Waise, Albin
 Neuß und Friedrich Kühn.

Einbrecher wider Willen
 Schauspiel in 4 Akten.
 Hauptrolle: Viggo Larsen.

Anna, die Unschuld.
 Lustspiel in 2 Akten
 mit Anna Müller-Linke.
 Einlass 5 Uhr. Anfang 7^{1/2} Uhr.
 2. Vorstellung 8 Uhr.

Mittwoch, nachmittags 3 Uhr:
Jugendvorstellung.

Kammer-Lichtspiele

Windmühlensstr. 7 — Am Königsplatz

Seelen-Verkäufer

Das Schicksal einer Deutsch-Amerikanerin
Ein Film gegen die Mädchenverschleppung

Ein Vorspiel und volle 6 Akte
 Hauptrollen: Ria Jende
 Magnus Stifter
 Reinhold Schünzel

Vorstellungen: 4, 6^{1/2} u. 8^{1/2} Uhr
 Verstärktes Orchester.

Kein
 Jugend-
 licher unter
 16 Jahren hat
 Zutritt.

Kein
 Jugend-
 licher unter
 16 Jahren hat
 Zutritt.

Im Interesse der Besucher wird dringend gebeten, die Nach-
 mittags-Vorstellung zu besuchen, da auch in dieser das volle
 Programm gezeigt wird.

Hansa-Lichtspiele

Zeltner Strasse 8.

Nur 8 Tage!

Der lachende Tod.

10. Abenteuer des berühmten
Rat Anheim.

Leberechts Vertretung.
 Lustspiel in 2 Akten.

Ab Freitag:

Casanova, der König der Liebe.

Lichtschauspielhaus

Eisenbahnstrasse 74.

Grosses Sensations-Doppelprogramm.

Aus 1000 Meter Höhe!

Sensations-Detektiv-Schauspiel mit Harry Hill in 1 Vorspiel und
 5 Akten. Waghalsige Verfolgungsszenen schwerer Verbrecher.

Die Pokerpartie

Spannendes und packendes Detektiv-Drama in 4 Akten.
 In der Hauptrolle: Der beliebte Detektiv „Phantom“ (Rolf Loer).

Täglich Einlass 5 Uhr. — Anfang 7^{1/2} Uhr.

:: Welt-Theater ::

Berfußgasse — (am Markt)
 Fernruf 4870

Nur noch bis 14. d. M.

Der kleine Lord

Fesselndes Lebensbild in 4 Akten nach dem
 gleichnamigen Roman von
H. Burnett

Der Letzte eines alten Geschlechts

Sensations-Drama in 4 Akten. In der Hauptrolle

Maria Carmi

Anfang: 4, 6^{1/2} und 8^{1/2} Uhr.

Wie neu

werden Ihre Beleuchtungskörper
 in meinen Reparaturwerkstätten!

Auf- u. Umarbeiten v. Beleuchtungskörpern aller Art
 Solche Preise! Sofortige Bedienung!

Oswald Plütrich, Elektrotechnische Fabrik
 Halle a. S.
 Marsburger Strasse 6 Leipzig
 Fernruf 3544. Fernruf 11678.

Sparhafte Wahren

Geschäftszeit von 8 — 1/2 2

Berein für Mutterchutz
 befindet sich jetzt bis auf weiteres: Burgstr. 33, Zwischeng-
 ebisoh (gegenüber: Matzeller). Sprechstunden täglich,
 außer Sonntagabend, von 8—11 Uhr. Telefon: 307.

